

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1972 (Haushaltsgesetz 1972)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 23. November 1972

I/4 (IV/4) — 501 03 — Ha 4/72

An den
Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 110 Abs. 3 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1972 (Haushaltsgesetz 1972) mit Begründung.

Die Entwürfe des Gesamtplans und der Einzelpläne des Haushaltsplans 1972*) sind diesem Schreiben beigelegt. Sie entsprechen den am 8. Oktober 1971 bereits zugeleiteten Entwürfen und Einzelplänen (Bundesrats-Drucksache 550/71) in der Fassung der Änderungsbeschlüsse des Haushaltsausschusses des 6. Deutschen Bundestages (Drucksachen VI/3350 bis VI/3376, VI/3788).

Federführend ist der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen.

Brandt

*) Einzelpläne als Sonderdruck verteilt

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Haushaltsjahr 1972
(Haushaltsgesetz 1972)**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1972 wird in Einnahme und Ausgabe auf

108 978 000 000 Deutsche Mark

festgestellt.

§ 2

(1) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für das Haushaltsjahr 1972 Kredite bis zur Höhe von **4 935 000 000 Deutsche Mark** aufzunehmen.

(2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1972 fällig werdenden Krediten zu, deren Höhe sich aus der Finanzierungsübersicht (Teil II des Gesamtplans) ergibt.

(3) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ferner ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für zusätzliche Maßnahmen im Hochschul- und Forschungsbereich Kredite bis zur Höhe von 740 000 000 Deutsche Mark aufzunehmen.

§ 3

Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von **7 000 000 000 Deutsche Mark** aufzunehmen. Darauf sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen sind.

§ 4

Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr Gesellschaften des privaten Rechts vertraglich mit der Finanzierung des Baues von Bundesfernstraßen auf Grund des Artikels 2 Abs. 2 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes vom 28. März 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 201), geändert durch das Gesetz über Umstellung der Abgaben auf Mineralöl vom 20. Dezember 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 995), und mit der Finanzierung von Investitionsvorhaben des Wasserstraßenbaues bis zur Höhe von insgesamt **600 000 000 Deutsche Mark** beauftragen.

§ 5

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit)

1. Einsparungen bei Titel 422 01 zur Verstärkung der bei Titel 422 02 veranschlagten Ausgaben;
2. Einsparungen bei Titel 423 01 zur Verstärkung der bei Titel 423 02 veranschlagten Ausgaben;
3. Einsparungen bei Titeln der Gruppen 422, 423, 425 und 426 zur Verstärkung von Ausgaben bei Titeln der Gruppen 443 und 453.

(2) Die Erläuterungen zu den Titeln 425 01 sind hinsichtlich der Zahl der für die einzelnen Vergütungsgruppen angegebenen Stellen verbindlich. Abweichungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen.

(3) Die obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 511 bis 519, 523, 526, 527, 531, 539 und 547 innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als 25 vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint.

(4) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages innerhalb des Einzelplans 14 (Bundesminister der Verteidigung) die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 551, 553 bis 559 der Kapitel 14 08 und 14 11 bis 14 20 anzuordnen, falls dies auf Grund später eingetretener Umstände wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Ausgaben. § 37 der Bundeshaushaltsordnung bleibt unberührt.

(5) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages anzuordnen, daß Einsparungen bei Titeln des Kapitels 10 04 zur Verstärkung der Ausgaben bei Titeln der Kapitel 10 02 und 10 03 verwendet werden.

§ 6

Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur Deckung der gesamten Ausgaben

oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Stelle außerhalb der Bundesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, solange ein Haushalts- oder Wirtschaftsplan nicht von dem zuständigen Bundesminister und dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen gebilligt ist. Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen hat vor der Aufhebung der Sperre die Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages einzuholen, **wenn die Zuwendungen den Betrag von 200 000 Deutsche Mark im Haushaltsjahr überschreiten.**

§ 7

Der Bund kann den Ländern auf Grund von Verwaltungsvereinbarungen Finanzhilfen im Sinne des Artikels 104a Abs. 4 des Grundgesetzes nach Maßgabe der dafür im Bundeshaushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel gewähren.

§ 8

Abweichend von § 35 der Bundeshaushaltsordnung sind zuviel gezahlte Personalausgaben in jedem Fall von der Ausgabe abzusetzen. Das gleiche gilt für die Umsatzsteuer-Kürzungsbeträge nach § 2 des Berlinförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Oktober 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 1481).

§ 9

(1) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. a) im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausfuhren zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —,
- b) im Zusammenhang mit Ausfuhren, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht, zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner;
2. a) für Kredite an ausländische Schuldner im Zusammenhang mit der Gewährung bilateraler Kapitalhilfe,
- b) für andere Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt;
3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden

Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —;

4. zum Zwecke der Umschuldung durch den Bund gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. — Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können —.

(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf **34 000 000 000 Deutsche Mark**, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 auf insgesamt **12 500 000 000 Deutsche Mark** festgesetzt.

§ 10

Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zur Höhe von **2 000 000 000 Deutsche Mark** zu übernehmen.

§ 11

Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von **1 500 000 000 Deutsche Mark** zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin nach Richtlinien zu übernehmen, die der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen im Einvernehmen mit den sonst beteiligten Fachministern festlegt.

§ 12

Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von **28 700 000 000 Deutsche Mark** zu übernehmen

1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;
2. zur Förderung des Verkehrswesens;
3. zur Förderung des Wohnungsbaues, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues, zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht, sowie zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden **und des Erwerbs vorhandener Wohnungen durch kinderreiche Familien;**

4. zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen;
5. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen erwachsen — § 3 des Gesetzes über die Zusammenlegung der Deutschen Landesrentenbank und der Deutschen Siedlungsbank vom 27. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1001) —;
6. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (Bundesgesetzblatt I S. 565);
7. zur Förderung der Fischwirtschaft;
8. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen;
9. für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds aus der Eintragung der Schuldbuchforderungen oder der Aushändigung von Schuldverschreibungen nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1909), zuletzt geändert durch das **Sechszwanzigste Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (26. AndGLAG) vom 24. August 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1537)**;
10. im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichttrisiken, insbesondere aus Anlaß
 - a) des Betriebs von Atomanlagen sowie der Beförderung und Verwendung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen für friedliche Zwecke,
 - b) des Bezugs solcher Stoffe,
 soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;
11. im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kernbrennstoffen, die die Europäische Atomgemeinschaft auf Grund bilateralen Abkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika für Benutzer in der Bundesrepublik bezieht, wenn die Europäische Atomgemeinschaft nach dem Beschluß des Rates vom 5./7. März 1962 die Beschaffung der Kernbrennstoffe hiervon abhängig macht. — Die vertragliche Verpflichtung der Benutzer auf Freistellung des Bundes bleibt unberührt —;
12. für Kredite, die das vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen beauftragte Kreditinstitut im Zusammenhang mit der Gewährung von Kapitalisierungsbeträgen an Versorgungsberechtigte gemäß dem Gesetz zur Sicherstellung der Grundrentenabfindung in der Kriegsopferversorgung vom 27. April 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 413) aufnimmt;
13. für Kredite, die die vom Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit beauftragten Einrichtungen zur anteiligen Finanzierung der Investitionskosten von

Krankenhäusern gemäß dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG) vom 29. Juni 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1009) aufnehmen;

14. für ein Darlehen, das die Mühlenstelle zur Vorfinanzierung von Abfindungen für die Stilllegung von Mühlen nach dem Gesetz über abschließende Maßnahmen zur Schaffung einer leistungsfähigen Struktur des Mühlengewerbes (Mühlenstrukturgesetz) vom 22. Dezember 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 2098) aufnimmt;
15. zur Abdeckung von Risiken der Versicherungswirtschaft aus der Versicherung des Kriegsrisikos für den grenzüberschreitenden Gütertransport im See- und Luftverkehr;
16. im Falle eines unvorhergesehenen, unabwiesbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

§ 13

Gewährleistungen nach den §§ 9 bis 12 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

§ 14

(1) Auf die Höchstbeträge der §§ 9 bis 12 werden jeweils die Gewährleistungen auf Grund der entsprechenden Ermächtigungen angerechnet, die in den §§ 9 bis 12 des Haushaltsgesetzes 1971 enthalten sind. Die Anrechnung erfolgt, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.

(2) Soweit der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(3) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 9 bis 12 können mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.

§ 15

(1) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen zusätzlich auszubringen, wenn ein unvorhergesehenes und unabwiesbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis für die **Personalvermehrung** vorliegt, das ein Hinausschieben der Entscheidung bis zur Verkündung eines Nachtragshaushalts oder des Haushaltsgesetzes für das Haushaltsjahr 1973 ausschließt. Die zusätzlichen Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen. Über den weiteren Verbleib ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden. **Bis zu dieser Entscheidung findet § 47 Abs. 2 Bundeshaushaltsordnung in derartigen Fällen keine Anwendung.**

(2) Die für den Einzelplan zuständige Stelle übersendet ihre Anträge auf Ausbringung zusätzlicher Planstellen auch dem Bundesrechnungshof. Er kann dazu Stellung nehmen.

(3) Bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3 auf Grund der Fußnoten 8 und 12 zur Besoldungsgruppe B 3 des Bundesbesoldungsgesetzes sind die Planstellen der Besoldungsgruppe A 16, die mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ oder „künftig umzuwandeln“ versehen sind, nicht zu berücksichtigen. Dies gilt nicht, wenn der Vermerk „künftig wegfallend“ den Zusatz trägt „mit Wegfall der Aufgabe“.

§ 16

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen für diesen Beamten im Einzelplan der abgebenden Dienstbehörde eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Wird der Beamte wieder im Dienst des Bundes verwendet, ist er in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen. **Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen kann mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bei gleichzeitiger Rückkehr mehrerer Beamter in besonderen Fällen zulassen, daß nur jede zweite freiwerdende Planstelle für die zurückkehrenden Beamten in Anspruch zu nehmen ist.** Mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist der Beamte auf der Leerstelle zu führen; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 37 Abs. 1 der Bundeshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(3) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen kann ferner im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 finden entsprechende Anwendung, wenn eine Beamtin gemäß § 79a Abs. 1 Nr. 2 des Bundesbeamtengesetzes oder eine Richterin gemäß § 48a Abs. 1 Nr. 2 des Deutschen Richter-

gesetzes, beide Bestimmungen eingefügt durch das Sechste Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 31. März 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 257), ohne Dienstbezüge langfristig beurlaubt wird.

(5) Absätze 1, 2 und 3 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland oder bei einer Auslandshandelskammer oder als Auslandskorrespondent der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen m. b. H. ohne Dienstbezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

(6) Über den weiteren Verbleib der nach den Absätzen 1 bis 5 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 17

(1) Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem obersten Gerichtshof des Bundes zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden obersten Gerichtshofes des Bundes eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Scheidet der Richter aus dem Bundesverfassungsgericht aus und tritt er wieder zu seinem obersten Gerichtshof des Bundes zurück, ist er in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle derjenigen Besoldungsgruppe bei seinem Gericht einzuweisen, die seinem dortigen Amt als Bundesrichter entspricht; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 37 Abs. 1 der Bundeshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

§ 18

Die Vorschriften des Haushaltsgrundsatzgesetzes, der Bundeshaushaltsordnung sowie die zu ihrer Änderung, Ergänzung und Durchführung erlassenen Bestimmungen sind auf die Anlagen E zu den Kapiteln 10 04 und 60 06 des Bundeshaushaltsplans entsprechend anzuwenden. Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen kann Änderungen der Anlagen E, die auf Grund der endgültigen Feststellungen von Haushalts-, Nachtrags- oder Berichtigungshaushaltsplänen der Europäischen Gemeinschaften erforderlich werden, vornehmen und bekanntgeben. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist unverzüglich zu unterrichten.

§ 19

(1) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, mit dem Träger der Rentenversicherung der Angestellten zu vereinbaren, daß für das Haushaltsjahr 1972 von dem Bundeszuschuß an die Angestelltenversicherung bis zu 1 000 000 000

Deutsche Mark in der Weise entrichtet werden, daß der Bund hierfür mit Rückwirkung zum 1. September 1972 Bundesschatzbriefe zu marktüblichen Bedingungen begibt. Die Bundesschatzbriefe dürfen vom Ersterwerber an einen anderen Träger der Rentenversicherung unbeschränkt, im übrigen nur im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen veräußert werden.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, für das Haushaltsjahr 1972 der Ruhrkohle AG eine Schuldbuchforderung in Höhe von bis zu 666 700 000 Deutsche Mark einzuräumen.

§ 20

§ 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617), zuletzt geändert durch das Wohnungsbauänderungsgesetz 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1993), findet keine Anwendung.

§ 21

(1) Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Haushaltsjahr 1972 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Post-

sparkasse auf Grund des § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht.

(2) Artikel 15 des Finanzänderungsgesetzes 1967 vom 21. Dezember 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 1259) ist für das Haushaltsjahr 1972 mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Zurechnung des Betrages von 300 000 000 Deutsche Mark entfällt.

§ 22

Die §§ 4, 5 Abs. 2, 6 bis 18 und 20 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.

§ 23

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 24

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1972 in Kraft.

Begründung

Zu § 1

Die Vorschrift enthält die Zahlen des Gesamtabschlusses.

Zu § 2

Abs. 1: Die Vorschrift enthält die erforderliche Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten zur Deckung von Ausgaben.

Abs. 2: Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Abs. 3: Der aus der Kreditermächtigung des § 3 Abs. 3 HG 1970 nicht ausgeschöpfte Kreditrahmen von 740 Millionen DM muß im Hinblick auf § 18 Abs. 3 der Bundeshaushaltsordnung als neue Kreditermächtigung im Entwurf des HG 1972 ausgebracht werden.

Zu § 3

Die Vorschrift enthält die erforderliche Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten zur Aufrechterhaltung einer ordnungsmäßigen Kassenwirtschaft (Kassenverstärkungskredite).

Zu § 4

Bei der Vorschrift handelt es sich um die gesetzliche Fixierung des Rechts des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen, mit Gesellschaften des privaten Rechts Auftragsverhältnisse zur Finanzierung bestimmter Infrastrukturmaßnahmen zu begründen.

Zu § 5

Abs. 1: Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Abs. 2: Die Verbindlichkeit der Erläuterungen zu den Titeln 425 01 soll verhindern, daß — ohne daß der Geldansatz der Titel überschritten wird — mehr oder höher bewertete Stellen geschaffen werden, als aus den Erläuterungen ersichtlich ist. Die Festlegung soll dazu beitragen, ein Anwachsen der Personalausgaben auch im Bereich der Angestellten in Grenzen zu halten. Die Ausnahmebefugnis für den Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen ist aufzunehmen, um nicht bei jeder Änderung des Tarifrechts oder bei aus tarifrechtlichen Gründen gebotenen Hebungen eine nur formelle Entscheidung des Parlaments herbeiführen zu müssen.

Abs. 3 Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 6

Es hat sich herausgestellt, daß die Vorlage der Haushalts- oder Wirtschaftspläne an den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages in den vielen Fällen von geringer finanzieller Bedeutung zu einem nicht zu vertretenden Verwaltungsaufwand führt.

Bei einer Begrenzung der qualifizierten Sperre auf Fälle mit jährlichen Zuwendungen von mehr als 200 000 Deutsche Mark ist sichergestellt, daß der Haushaltsausschuß in den bedeutenden Fällen die für ihn wichtigen Unterlagen erhält.

Zu §§ 7 und 8

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 9

Allgemeines

In den §§ 9 bis 12 werden, wie im Vorjahr, die nach Umfang und Risiko besonders bedeutsamen Ermächtigungen für die Übernahme von Sicherheitsleistungen zusammengefaßt.

Zu § 9

Abs. 1: Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 2: Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Abs. 1 Nr. 1 ist gegenüber dem Vorjahr von 33,0 Milliarden DM um 1,0 auf 34,0 Milliarden DM zu erhöhen. Mit Wirkung zum 1. Januar 1972 ist die Absicherung des Wechselkursrisikos für längerfristige Ausfuhrgeschäfte durch Übernahme von Bundesbürgschaften und -garantien eingeführt worden, um dieses Risiko für die Wirtschaft kalkulierbar zu machen. Es ist damit zu rechnen, daß Exportgeschäfte in Höhe von jährlich 5 Milliarden DM gegen das Wechselkursrisiko abgesichert werden. Da bei einem wesentlichen Teil dieser Geschäfte zugleich eine Deckung des Kreditrisikos übernommen und insoweit bereits eine Anschreibung auf den Höchstbetrag der Gewährleistungen erfolgen wird, reicht eine Erhöhung um 1 Milliarde DM aus, um dem Bürgschaftsbedarf für die restlichen allein gegen das Wechselkursrisiko zu versichernden Ausfuhrgeschäfte zu entsprechen.

Die Erhöhung des Gewährleistungsrahmens nach Abs. 1 Nr. 2 bis 4 von 11,0 Milliarden DM um 1,5 auf 12,5 Milliarden DM ist wegen der Belegung dieses Gewährleistungsrahmens und des geschätzten Neuzugangs für Kredite im Zusammenhang mit der Gewährung bilateraler Kapitalhilfe, zusätzlicher Garantien für Maßnahmen der Rohstoffversorgung, für die Verbürgung von ungebundenen Finanzkrediten und Kapitalanlagen sowie für neue Umschuldungsmaßnahmen erforderlich.

Zu § 10

Die Ermäßigung des Ansatzes um 1,3 auf 2 Milliarden DM wird infolge des Abbaus der hohen Bestände an Getreide, Butter und Magermilchpulver möglich.

Zu § 11

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 12

Die Erhöhung des Ermächtigungsbetrages gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 4,4 auf 28,7 Milliarden DM ist erforderlich, weil auf Grund der bisherigen und voraussehbaren Ausnutzung der Bürgschaftsrahmen nicht mehr ausreicht. Die Veränderung beruht auf Erhöhungen bei Nr. 1 (Gewerbliche Wirtschaft), Nr. 2 (Verkehrswesen), Nr. 5 (Verbindlichkeiten der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank), Nr. 6 und 7 (Landwirtschaft und Fischwirtschaft), Nr. 10 (Abdeckung von Haftpflichtrisiken bei der Verwendung von Kernbrennstoffen), Nr. 12 (Grundrentenabfindung bei der Kriegsopferversorgung), Nr. 13 (Anteilige Finanzierung der Investitionskosten von Krankenhäusern) und Nr. 16 (Notmaßnahmen) sowie Ermäßigungen bei Nr. 9 (Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds) und auf der Aufnahme von zwei neuen Gewährleistungstatbeständen, und zwar Nr. 14 (Maßnahmen zur Schaffung einer leistungsfähigen Struktur des Mühlengewerbes) und Nr. 15 (Abdeckung des Kriegsrisikos für den grenzüberschreitenden Gütertransport im See- und Luftverkehr). Innerhalb des Ansatzes sind folgende Rahmen vorgesehen:

für die gewerbliche Wirtschaft

(Nr. 1) bis zu 9 905 000 000 DM

für das Verkehrswesen

(Nr. 2) bis zu 6 000 000 000 DM

für den Wohnungsbau und die Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen

(Nr. 3 und 4) bis zu 2 800 000 000 DM

für Verbindlichkeiten der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank

(Nr. 5) bis zu 4 300 000 000 DM

für die Landwirtschaft und die Fischwirtschaft

(Nr. 6 und 7) bis zu 40 000 000 DM

für die Freigabe beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögens

(Nr. 8) bis zu 50 000 000 DM

für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds

(Nr. 9) bis zu 1 000 000 000 DM

für die Abdeckung von Haftpflichtrisiken beim Bezug oder der Verwendung von Kernbrennstoffen

(Nr. 10 und 11) bis zu 1 155 000 000 DM

für die Grundrentenabfindung bei der Kriegsopferversorgung

(Nr. 12) bis zu 562 000 000 DM

für die Aufnahme von Krediten zur anteiligen Finanzierung der Investitionskosten von Krankenhäusern

(Nr. 13) bis zu 720 000 000 DM

für Maßnahmen zur Schaffung einer leistungsfähigen Struktur des Mühlengewerbes

(Nr. 14) bis zu 100 000 000 DM

für die Abdeckung von Risiken der Versicherungsgesellschaften aus der Versicherung des Kriegsrisikos für den grenzüberschreitenden Gütertransport im See- und Luftverkehr

(Nr. 15) bis zu 900 000 000 DM

für Notmaßnahmen

(Nr. 16) bis zu 1 168 000 000 DM

Die einzelnen Gewährleistungstatbestände sind gegenüber dem Vorjahr bis auf die nachstehenden Abweichungen sachlich unverändert:

Nr. 3:

Durch das Wohnungsbauänderungsgesetz 1971 wurde die Möglichkeit geschaffen, den Erwerb vorhandener Wohnungen mit Bundesmitteln zu fördern, um kinderreichen Familien die Eigenversorgung mit Wohnraum zu erleichtern. In Ergänzung dieser Hilfe erscheint es angezeigt, auch bei den Bürgschaften eine gleichartige Fördermöglichkeit vorzusehen.

Nr. 14:

Durch die Aufnahme des neuen Gewährleistungstatbestandes Nr. 14 soll gemäß dem Mühlenstrukturgesetz die Vorfinanzierung von Abfindungen für die Stilllegung von Mühlen durch ein von der Mühlenstelle aufzunehmendes Darlehen sichergestellt werden. Die Tilgungs- und Zinslasten des Darlehens werden durch eine über 6 Jahre laufende, von der Mühlenwirtschaft zu zahlende Abgabe aufgebracht. Die Abgabehöhe ist so berechnet, daß diese Lasten gedeckt werden.

Zu Nr. 15 wird folgendes bemerkt:

Gegenwärtig versichert die private Versicherungswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland — wie in den meisten westlichen Industriestaaten — bei Warentransporten sowohl die normalen Transportgefahren als auch das Kriegsrisiko. Die Versicherer können sich aus den Verträgen für das Kriegsrisiko kurzfristig lösen, wenn die versicherte Ware noch nicht verladen ist. In Krisenzeiten werden die Versicherer aus Gründen vorsichtiger Geschäftsgebarung von der Kündigungsmöglichkeit auch früh Gebrauch machen und keine neuen Risiken mehr in Deckung nehmen. Die Folge wäre der Zusammenbruch des gerade in Krisenzeiten wichtigen Außenhandels.

Um dies zu vermeiden, erscheint es zweckmäßig, daß der Bund die Versicherungswirtschaft von Kriegsrisiken freistellt, wie es die meisten westlichen Staaten gegenüber ihren Versicherern getan haben.

Zu §§ 13 und 14

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 15

Abs. 1: Abweichend von der entsprechenden Bestimmung des Vorjahres ist die Ermächtigung, Planstellen zusätzlich auszubringen, nunmehr auf die Schaffung neuer Stellen (Personalvermehrung) beschränkt; Stellenhebungen sind nicht möglich. Nach § 47 Abs. 2 BHO darf bei einer ohne nähere Angabe mit einem kw-Vermerk versehenen Planstelle die nächste freiwerdende Planstelle derselben Besoldungsgruppe für Beamte derselben Fachrichtung nicht wieder besetzt werden. Diese Rechtsfolge würde bei den vom Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages während des Haushaltsjahres neu geschaffenen Planstellen einer geordneten Personalwirtschaft entgegenstehen. Es ist deshalb notwendig, § 47 Abs. 2 BHO in diesen Fällen nicht anzuwenden.

Abs. 2: Die Vorschrift stellt die Beteiligung des Bundesrechnungshofes sicher.

Abs. 3: Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 16

Abs. 1: Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Abs. 2: Es muß damit gerechnet werden, daß anläßlich der Aufnahme von drei Staaten in die EG eine große Anzahl von Planstellen für Angehörige der beitretenden Staaten frei gemacht werden muß und deshalb deutsche Beamte in größerer Anzahl zu ihren Heimatbehörden zurückkehren. Die bisherige Fassung des § 16 Abs. 2 führt in diesen Fällen zu personalwirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die vorgeschlagene Regelung sichert die erforderliche Flexibilität, um diese Schwierigkeiten zu beheben.

Abs. 3 Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 17

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 18

Gemäß Art. 6 des Beschlusses des Rates der EG vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften (Gesetz vom 4. Dezember 1970 — Bundesgesetzbl. II S. 1261 —) werden die Gemeinschaftsmittel von den Mitgliedstaaten nach den einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erhoben. Auch die aus den Gemeinschaftsmitteln zu bestreitenden Ausgaben zur Finanzierung der

gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte werden von Dienststellen der Mitgliedstaaten bewirtschaftet [Art. 4 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates der EG vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik — ABl EG Nr. L 94/13 vom 28. April 1970].

Die eigenen Einnahmen und Ausgaben der EG sind von denen des Bundes getrennt darzustellen, da sie nicht Haushaltsmittel des Bundes sind. Ab Haushaltsjahr 1972 werden daher die von Dienststellen des Bundes bewirtschafteten Einnahmen und Ausgaben der EG in besonderen Anlagen zu den Kapiteln 10 04 und 60 06 des Bundeshaushaltsplans ausgewiesen.

Satz 1 der Vorschrift soll sicherstellen, daß die Bewirtschaftung und Kontrolle dieser Einnahmen und Ausgaben, soweit nicht durch Vorschriften der Gemeinschaften etwas anderes bestimmt ist, nach den Vorschriften des Haushaltsrechts des Bundes erfolgen. Satz 2 trägt dem Umstand Rechnung, daß Entscheidungen der Beschlußgremien der EG zu Änderungen in den Ansätzen der Anlagen zum Haushaltsplan und zum Finanzplan führen können. Die Vorschrift ermöglicht die jederzeitige Anpassung an den neuesten Stand.

Zu § 19

Abs. 1: Wegen der Leistung der Bundeszuschüsse besteht eine enge Verflechtung des Bundeshaushalts mit den Haushalten der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung. Die angespannte Haushaltslage des Bundes einerseits und die gegenüber den Annahmen der finanziellen Entwicklung der Arbeiterrenten- und der Angestelltenversicherung bei Erlaß des Dritten Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes günstigere Finanzsituation vor allem des Trägers der Rentenversicherung der Angestellten (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte) andererseits rechtfertigen es, auf der Grundlage gegenseitigen Einkommens für das Haushaltsjahr 1972 von dem Bundeszuschuß an die Angestelltenversicherung 1 000 000 000 DM zu stunden. Dafür begibt der Bund der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte Bundesschatzbriefe mit marktüblicher auf Vereinbarung beruhender Ausstattung. Allgemeine kreditpolitische Gesichtspunkte erfordern ein Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, wenn die Schatzbriefe außerhalb des Bereichs der gesetzlichen Rentenversicherungen an Dritte veräußert werden sollen.

Abs. 2: Die Lage der Ruhrkohle AG ist durch ständige Überschuldungsgefahr und wiederkehrende Liquiditätskrisen gekennzeichnet. Der Anpassungs- und Gesundungsprozeß des Unternehmens wird bei schrumpfendem Fördervolumen u. a. zunehmend durch Belastungen, die vom stillgelegten Bergbau herrühren (sog. Altlasten), gefährdet. Hierzu gehören z. B. Verpflichtungen aus Bergschäden, Pensions- und Deputatzusagen, Wasserverbandsbeiträge. Es ist in Aussicht genommen, daß

der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen ihrer Bemühungen um eine längerfristige Konsolidierung der Ruhrkohle AG u. a. dem Unternehmen durch Vertrag eine Schuldbuchforderung in Höhe von 1 Milliarde DM einräumen. Durch Gewährung dieser Forderung könnten in entsprechender Höhe die Eigenkapitalbasis erhöht, Verluste ausgeglichen und die Liquidität durch die Erweiterung der Beleihungsmöglichkeiten gesichert werden. Entsprechend dem bisherigen Beteiligungsverhältnis beträgt der gegen den Bund gerichtete Teil der Schuldbuchforderung $\frac{2}{3}$ der in Aussicht genommenen 1 Milliarde DM = 666,7 Millionen DM. Durch die Ergänzung des § 19 soll die Ermächtigung des BMWF zur Begründung einer Schuldbuchforderung der Ruhrkohle AG von 666,7 Millionen DM gegen den Bund geschaffen werden.

Zu § 20 (im Vorjahr § 18 Abs. 2)

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 21 (im Vorjahr § 19)

Abs. 1: Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 2: Artikel 15 des Finanzänderungsgesetzes 1967 ermächtigt den Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, die nach § 21 des Postverwaltungsgesetzes geschuldete Ablieferung, soweit sie über eine Verzinsung des Eigenkapitals mit 7 vom Hundert jährlich zuzüglich eines Betrags von 300 Millionen DM hinausgeht, mit der Maßgabe zu erlassen, daß die Deutsche Bundespost den erlassenen Teilbetrag zur Verstärkung des Eigenkapitals verwendet.

Für das Jahr 1972 wird diese Regelung entsprechend den Absichten der Bundesregierung zur weiteren Verstärkung des Eigenkapitals der Deutschen Bundespost dahingehend geändert, daß die Zurechnung des Betrages von 300 Millionen DM entfällt.

Zu §§ 22 bis 24 (im Vorjahr §§ 20 bis 22)

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Entwurf

Gesamtplan

des Bundeshaushaltsplans

1972

Teil I: Haushaltsübersicht

mit Anlage Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen

Teil II: Finanzierungsübersicht

Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Gesamtplan

Einnahmen

Teil I Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Einnahmen					
		Steuern und steuerähnliche Abgaben	Verwaltungseinnahmen	Übrige Einnahmen	Summe Einnahmen		
		1972 DM	1972 DM	1972 DM	1972 DM	1971 DM	gegenüber 1971 weniger (—) mehr (+) DM
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt ...	—	22 200	—	22 200	21 100	+ 1 100
02	Deutscher Bundestag ...	—	306 800	4 672 000	4 978 800	4 566 600	+ 412 200
03	Bundesrat	—	30 200	—	30 200	31 700	— 1 500
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	—	474 700	5 000	479 700	336 500	+ 143 200
05	Auswärtiges Amt	—	12 307 500	80 000	12 387 500	9 149 100	+ 3 238 400
06	Bundesminister des Innern	—	7 099 200	7 467 400	14 566 600	13 408 900	+ 1 157 700
07	Bundesminister der Justiz	—	116 153 500	69 000	116 222 500	123 215 500	— 6 993 000
08	Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen — Bereich Finanzen —	—	359 362 500	48 062 800	407 425 300	412 356 300	— 4 931 000
09	Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen — Bereich Wirtschaft —	—	13 042 800	66 326 400	79 369 200	82 692 400	— 3 323 200
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1) 17 000 000	24 082 100	107 129 000	148 211 100	140 087 300	+ 8 123 800
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	—	3 272 300	127 986 300	131 258 600	100 032 700	+ 31 225 900
12	Bundesminister für Verkehr	—	202 349 500	81 584 400	283 933 900	255 965 600	+ 27 968 300
13	Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen	—	429 956 800	—	429 956 800	802 594 000	— 372 637 200
14	Bundesminister der Verteidigung	—	248 136 000	244 371 000	492 507 000	518 323 000	— 25 816 000
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	—	4 927 600	13 492 900	18 420 500	26 036 700	— 7 616 200
19	Bundesverfassungsgericht	—	58 000	—	58 000	28 500	+ 29 500
20	Bundesrechnungshof	—	293 000	6 000	299 000	19 500	+ 279 500
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	—	12 964 800	207 437 100	220 401 900	200 485 700	+ 19 916 200
25	Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	—	6 949 100	363 022 300	369 971 400	365 599 700	+ 4 371 700
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	—	65 800	98 200	164 000	177 100	— 13 100
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	—	1 543 800	13 436 500	14 980 300	15 417 500	— 437 200
32	Bundesschuld	—	950 200	5 108 050 000	5 109 000 200	3 757 152 300	+ 1 351 847 900
33	Versorgung	—	491 000	41 072 000	41 563 000	31 740 000	+ 9 823 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	—	27 110 000	21 982 200	49 092 200	54 033 200	— 4 941 000
36	Zivile Verteidigung	—	25 698 900	576 300	26 275 200	42 038 800	— 15 763 600
60	Allgemeine Finanzverwaltung	2) 100 230 800 000	14 713 200	760 911 700	101 006 424 900	93 189 120 000	+ 7 817 304 900
	Summe Haushalt 1972 ...	100 247 800 000	3) 1 512 382 100	7 217 817 900	108 978 000 000	100 144 629 700	+ 8 833 370 300
	Summe Haushalt 1971 ...	93 309 900 000	1 524 924 500	5 309 805 200			
	gegenüber 1971						
	mehr (+)	+ 6 937 900 000	— 12 542 400	+ 1 908 012 700			
	weniger (—)						

1) Abschöpfungen auf Grund nationaler Vorschriften (10 Millionen DM) sowie Ausfuhrabgaben nach EG-Marktordnungsrecht (7 Millionen DM). — 2) Darin nach Abzug der Mindererträge (330 Millionen DM) und der Einfuhrabgabe Mühlenstruktur (0,8 Millionen DM) Steuereinnahmen in Höhe von 99 900 Millionen DM enthalten. — 3) Verwaltungseinnahmen im weiteren Sinn einschließlich Abschöpfungen (vgl. Fußnote 1)) und übrige Einnahmen — ohne Einnahmen aus Krediten = 7 338,5 Millionen DM — (Spalte 5) = 3 812,2 Millionen DM.

Gesamtplan

Ausgaben

Teil I Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	Schulden- dienst
		1972 DM	1972 DM	1972 DM	1972 DM
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundes- präsidialamt	4 754 800	3 536 800	—	—
02	Deutscher Bundestag	106 077 300	29 596 700	—	—
03	Bundesrat	3 611 700	1 692 900	—	—
04	Bundeskanzler und Bundes- kanzleramt	38 898 500	202 045 800	—	—
05	Auswärtiges Amt	348 561 500	77 071 200	—	—
06	Bundesminister des Innern	598 889 500	242 158 700	—	—
07	Bundesminister der Justiz	145 337 900	37 446 500	—	—
08	Bundesminister für Wirtschaft und Fi- nanzen — Bereich Finanzen —	937 883 900	343 389 900	—	—
09	Bundesminister für Wirtschaft und Fi- nanzen — Bereich Wirtschaft — ...	163 283 400	63 689 000	—	—
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	117 033 000	38 132 800	—	—
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	107 181 400	35 253 300	—	—
12	Bundesminister für Verkehr	524 699 500	643 431 200	—	1 058 500
13	Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen	—	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung	10 080 793 100	2 758 432 000	8 882 259 000	—
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	51 069 800	33 629 100	—	—
19	Bundesverfassungsgericht	4 665 000	693 500	—	—
20	Bundesrechnungshof	17 073 500	2 465 600	—	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	21 431 800	18 570 200	—	—
25	Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	11 408 800	9 307 600	—	—
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	17 899 500	7 703 200	—	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	30 906 700	11 737 800	—	—
32	Bundesschuld	9 983 300	65 848 200	—	3 169 435 100
33	Versorgung	4 657 383 000	—	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammen- hang mit dem Aufenthalt auslän- discher Streitkräfte	209 416 600	156 651 000	—	—
36	Zivile Verteidigung	26 122 000	127 375 300	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	1 258 450 000	122 770 000	350 000 000	3 032 000
	Summe Haushalt 1972	19 492 815 500	5 032 628 300	9 232 259 000	3 173 525 600
	Summe Haushalt 1971	17 298 722 700	4 453 639 500	8 435 779 600	2 945 915 200
	gegenüber 1971 mehr (+) weniger (—)	+ 2 194 092 800	+ 578 988 800	+ 796 479 400	+ 227 610 400

Teil I: Haushaltsübersicht

Ausgaben

Gesamtplan

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	Ausgaben für Investitionen	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben			Epl.
			1972	1971	gegenüber 1971 mehr (+) weniger (—)	
7	8	9	10	11	12	13
750 000	289 700	— 200 000	9 131 300	6 243 200	+ 2 888 100	01
20 769 400	5 816 000	— 3 500 000	158 759 400	140 444 300	+ 18 315 100	02
—	1 246 000	— 800 000	5 750 600	4 508 300	+ 1 242 300	03
11 867 600	8 463 300	— 10 380 000	250 895 200	237 573 800	+ 13 321 400	04
516 632 900	78 962 200	— 30 000 000	991 227 800	931 956 800	+ 59 271 000	05
402 185 200	443 761 000	— 53 600 000	1 633 394 400	1 508 493 100	+ 124 901 300	06
2 218 700	6 235 900	— 2 000 000	189 239 000	168 217 300	+ 21 021 700	07
81 069 100	148 855 900	—	1 511 198 800	1 449 921 100	+ 61 277 700	08
666 891 000	764 246 700	—	1 658 110 100	1 551 373 600	+ 106 736 500	09
3 216 500 600	1 273 484 600	— 175 000 000	4 470 151 000	6 986 297 000	— 2 516 146 000	10
21 407 055 000	71 739 200	— 30 000 000	21 591 228 900	19 703 656 200	+ 1 887 572 700	11
6 063 670 800	7 658 495 700	— 143 339 400	14 748 016 300	11 677 936 200	+ 3 070 080 100	12
190 741 000	6 623 400	—	197 364 400	189 015 000	+ 8 349 400	13
1 123 549 600	736 747 900	916 694 400	24 498 476 000	21 816 070 000	+ 2 682 406 000	14
4 806 944 600	53 666 300	— 15 500 000	4 929 809 800	4 239 675 100	+ 690 134 700	15
—	—	—	5 358 500	5 077 500	+ 281 000	19
—	147 000	— 35 000	19 651 100	29 011 400	— 9 360 300	20
793 811 800	1 693 896 000	— 100 000 000	2 427 709 800	2 478 058 700	+ 50 348 900	23
967 087 100	2 273 366 800	— 100 000 000	3 161 170 300	2 662 895 100	+ 498 275 200	25
201 324 400	106 141 100	— 10 000 000	323 068 200	256 204 500	+ 66 863 700	27
2 285 751 400	2 673 681 300	— 200 000 000	4 802 077 200	4 070 871 400	+ 731 205 800	31
598 265 300	140 000 000	— 280 000 000	3 703 531 900	3 622 755 900	+ 80 776 000	32
883 370 000	—	— 1 037 850 000	4 502 903 000	4 087 000 000	+ 415 903 000	33
36 760 000	298 110 000	— 15 000 000	685 937 600	641 325 900	+ 44 611 700	35
20 625 000	192 789 000	— 16 525 000	350 386 300	381 907 500	— 31 521 200	36
9 886 651 100	367 250 000	165 300 000	12 153 453 100	11 298 140 800	+ 885 312 300	60
54 184 491 600	19 004 015 000	— 1 141 735 000	108 978 000 000	100 144 629 700	+ 8 833 370 300	
50 409 173 400	16 561 824 100	39 575 200				
+ 3 775 318 200	+ 2 442 190 900	— 1 181 310 200				

Anlage zur Haushaltsübersicht

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushaltsplan
und deren Inanspruchnahme

Epl.	Bezeichnung	Ver- pflichtungs- ermächtigung 1972 DM	Von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden					Für künftige Haushalts- jahre DM
			1973 DM	1974 DM	1975 DM	1976 DM	Folgejahre DM	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
02	Bundestag	15 000 000	—	—	—	—	—	15 000 000
03	Bundesrat	375 000	375 000	—	—	—	—	—
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	20 930 000	19 930 000	1 000 000	—	—	—	—
05	Auswärtiges Amt	282 859 000	142 767 000	86 726 000	42 366 000	11 000 000	—	—
06	Bundesminister des Innern ..	337 588 400	201 950 400	94 386 000	34 590 000	—	—	6 662 000
07	Bundesminister der Justiz ..	4 286 100	2 043 200	1 080 200	1 162 700	—	—	—
08	Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen — Bereich Finanzen — ..	238 065 000	151 395 000	41 670 000	45 000 000	—	—	—
09	Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen — Bereich Wirtschaft — ..	2 848 161 000	528 791 000	405 449 000	448 721 000	105 200 000	—	1 360 000 000
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	870 348 000	276 064 000	92 243 000	83 676 000	52 326 000	366 039 000	—
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	112 570 000	32 464 000	15 204 000	9 934 000	8 734 000	25 764 000	20 470 000
12	Bundesminister für Verkehr	3 804 346 000	2 132 525 000	1 114 730 000	529 091 000	28 000 000	—	—
13	Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen	5 500 000	3 200 000	2 300 000	—	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung	10 984 979 000	4 292 172 000	2 668 212 000	2 486 515 000	1 276 490 000	260 890 000	700 000
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit ..	44 169 000	21 569 000	15 600 000	4 500 000	—	—	2 500 000
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammen- arbeit	2 684 300 000	232 400 000	206 450 000	120 050 000	49 250 000	53 550 000	2 022 600 000
25	Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	2 839 866 100	639 468 300	345 958 100	151 017 900	64 431 800	1 638 990 000	—
27	Bundesminister für inner- deutsche Beziehungen	38 751 000	21 351 000	15 400 000	2 000 000	—	—	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	3 815 127 100	1 351 899 100	920 915 000	653 221 000	465 492 000	423 600 000	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	50 000 000	40 000 000	10 000 000	—	—	—	—
36	Zivile Verteidigung	185 298 500	122 213 500	32 140 000	18 945 000	5 000 000	—	7 000 000
60	Allgemeine Finanz- verwaltung	21 500 000	10 500 000	11 000 000	—	—	—	—
	Summe	29 204 019 200	10 223 077 500	6 080 463 300	4 630 789 600	2 065 923 800	2 768 833 000	3 434 932 000

Gesamtplan: Teil II

Finanzierungsübersicht

	Betrag für 1972	Betrag für 1971
	— DM —	
Ermittlung des Finanzierungssaldos		
1. Ausgaben	108 978 000 000	100 144 629 700
(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags)		
2. Einnahmen	103 713 000 000	96 259 629 700
(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und Münzeinnahmen)		
3. Finanzierungssaldo	— 5 265 000 000	— 3 885 000 000
 Zusammensetzung des Finanzierungssaldos		
4. Netto-Neuverschuldung/Netto-Tilgung am Kreditmarkt		
4.1. Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	(7 798 245 000)	(7 392 707 900)
4.101 zu allgemeinen Zwecken	7 798 245 000	7 392 707 900
4.102 zu besonderen Zwecken	—	—
4.2. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	2 863 245 000	3 672 707 900
4.3. Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	—	—
4.4. Ausgaben für Marktpflege	—	—
Saldo	— 4 935 000 000	— 3 720 000 000
5. Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen	—	—
6. Rücklagenbewegung		
6.1. Entnahmen aus Rücklagen	—	—
6.2. Zuführungen an Rücklagen	—	—
7. Münzeinnahmen	— 330 000 000	— 165 000 000
8. Finanzierungssaldo	— 5 265 000 000	— 3 885 000 000

Gesamtplan: Teil III

Kreditfinanzierungsplan

	Betrag für 1972	Betrag für 1971
	— DM —	
1. Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt		
davon voraussichtlich		
1.1. langfristig	(5 298 245 000)	(5 192 707 900)
1.101 zu allgemeinen Zwecken	5 298 245 000	5 192 707 900
1.102 zu besonderen Zwecken	—	—
1.2. kürzerfristig	2 500 000 000	2 200 000 000
Summe 1	7 798 245 000	7 392 707 900
2. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt		
2.1. Tilgung langfristiger Schulden	(1 597 245 000)	(1 225 372 900)
2.101 Schuldbuchforderungen der Träger der Sozialversicherung	225 819 000	216 200 000
2.102 Bundesanleihen (einschl. der Entschädigung für verspätet vorgelegte oder verlorengegangene Prämienschatzanweisungen)	624 538 000	392 100 000
2.103 Bundesschatzbriefe	—	—
2.104 Schuldbuchkredite	100 000 000	—
2.105 Schuldscheindarlehen	286 134 000	100 800 000
2.106 Ausgleichsforderungen und Rentenausgleichsforderungen zur Aufbesserung von Versicherungsleistungen	51 400 000	49 600 000
2.107 Ausgleichsforderungen nach den Umstellungsergänzungs- gesetzen und dem Umstellungsschlußgesetz	6 385 000	6 500 000
2.108 Ablösungsschuld	29 000 000	55 300 000
2.109 Altsparerentschädigung und entsprechende Verpflichtun- gen nach dem Umstellungsschlußgesetz	12 000 000	13 100 000
2.110 Nachkriegswirtschaftshilfe der USA	—	345 272 900
2.112 Bereinigte Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen)	230 070 000	27 800 000
2.113 Auf Grund des Gesetzes zur näheren Regelung der Ent- schädigungsansprüche für Auslandsbonds (Auslandsbonds- Entschädigungsgesetz)	31 799 000	1 600 000
2.114 Nachkriegsschulden für Verbindlichkeiten der Koka aus Anschlußgebieten	100 000	100 000
2.115 Auf Grund des Schweizer Abkommens vom 26. August 1952	—	17 000 000

	Betrag für 1972	Betrag für 1971
	— DM —	
2.2. Tilgung kürzerfristiger Schulden	(1 266 000 000)	(2 447 335 000)
2.201 Kassenobligationen	466 000 000	1 747 335 000
2.202 Unverzinsliche Schatzanweisungen	800 000 000	700 000 000
2.3. Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	—	—
2.4. Marktpflege	—	—
Summe 2	2 863 245 000	3 672 707 900
3. Saldo aus 1. und 2. (im Haushaltsplan veranschlagte Netto- neuerschuldung am Kreditmarkt)	4 935 000 000	3 720 000 000
4. Einnahmen aus Krediten von Gebietskörperschaften — einschl. ERP-Sondervermögen und LA-Fonds (im Haushaltsplan ver- anschlagt)	—	—
5. Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften — einschl. ERP-Sondervermögen und LA-Fonds (im Haushaltsplan veranschlagt)	1 000 000	1 000 000

Übersichten zum Bundeshaushaltsplan 1972

Teil I: Gruppierungsübersicht

Teil II: Funktionenübersicht

Teil III: Haushaltsquerschnitt

**Teil IV: Übersicht über die den Haushalt
durchlaufenden Posten**

Teil V: Personalübersicht

Teil I: Gruppierungsübersicht**A. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben
nach Einnahme- und Ausgabegruppen**

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsplan	
		1972	1971
		— Millionen DM —	
0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	100 247,8	90 544,9
01	Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	68 332,0	62 350,0
02/03/04	Bundessteuern	31 568,0	28 019,9
09	Steuerähnliche Abgaben	347,8	175,0
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen ..	3 054,3	3 669,6
11	Verwaltungseinnahmen	602,2	641,6
111	Gebühren, sonstige Entgelte	259,9	279,2
112	Geldstrafen und Geldbußen (einschl. Gerichts- und Verwaltungskosten)	11,0	5,0
113	Verkaufserlöse, soweit nicht unter 13	160,3	234,5
119	Sonstige	135,0	122,9
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	786,4	1 369,6
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	72,0	273,7
122	Konzessionsabgaben	420,0	795,0
123	Einnahmen aus Lotterie, Lotto, Toto	—	—
124	Mieten und Pachten	273,7	280,6
125	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	20,6	20,2
129	Sonstige	0,1	0,1
13	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, soweit in der Vermögensrechnung erfaßt, Kapitalrückzahlungen	123,8	307,0
131	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	87,6	78,9
132	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	5,4	7,3
133	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	17,7	208,1
134	Kapitalrückzahlungen	13,1	12,7
14	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen	—	—
141	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland	—	—
146	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Ausland ..	—	—
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich	200,3	206,5
151	vom Bund	—	—
152	von Ländern	192,3	197,3
153	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	7,5	8,7
154	vom Lastenausgleichsfonds	—	—
155	vom ERP-Sondervermögen	—	—
156	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
157	von Zweckverbänden	0,4	0,5
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	646,4	474,5
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen	21,6	19,2
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	92,1	94,0
166	Zinseinnahmen aus dem Ausland	532,7	361,4

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsplan	
		1972	1971
		— Millionen DM —	
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich	326,2	330,9
171	vom Bund	—	—
172	von Ländern	272,3	276,8
173	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	32,3	32,4
174	vom Lastenausgleichsfonds	20,0	20,0
175	vom ERP-Sondervermögen	—	—
176	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
177	von Zweckverbänden	1,6	1,7
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	369,1	339,4
181	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen	27,1	23,0
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	314,8	303,2
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	27,2	13,3
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investi- tionen	739,3	416,6
21	Allgemeine Finanzzuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	4,4	4,4
211	vom Bund	—	—
212	von Ländern	4,4	4,4
213	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—
214	vom Lastenausgleichsfonds	—	—
215	vom ERP-Sondervermögen	—	—
216	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
217	von Zweckverbänden	—	—
22	Schuldendiensthilfen aus dem öffentlichen Bereich	—	—
221	vom Bund	—	—
222	von Ländern	—	—
223	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—
224	vom Lastenausgleichsfonds	—	—
225	vom ERP-Sondervermögen	—	—
226	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
227	von Zweckverbänden	—	—
23	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem öffentlichen Bereich	7,7	7,6
231	vom Bund	—	—
232	von Ländern	7,3	7,2
233	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,2	0,2
234	vom Lastenausgleichsfonds	—	—
235	vom ERP-Sondervermögen	—	—
236	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0,2	0,2
237	von Zweckverbänden	—	—
24	Sonstige Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich	92,4	79,6
241	vom Bund	—	—
242	von Ländern	26,3	19,1
243	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	62,8	57,0
244	vom Lastenausgleichsfonds	—	—
245	vom ERP-Sondervermögen	—	—
246	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	2,7	2,8
247	von Zweckverbänden	0,6	0,7

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsplan	
		1972	1971
		— Millionen DM —	
25	Sonstige Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	7,5	6,5
251	vom Bund	—	—
252	von Ländern	7,5	6,5
253	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—
254	vom Lastenausgleichsfonds	—	—
255	vom ERP-Sondervermögen	—	—
256	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
257	von Zweckverbänden	—	—
26	Schuldendiensthilfen aus sonstigen Bereichen	—	—
261	aus dem Inland	—	—
266	aus dem Ausland	—	—
27	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	279,8	240,9
271	aus dem Inland	47,2	43,8
276	aus dem Ausland	232,6	197,1
28	Sonstige Erstattungen und Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	347,5	77,6
281	Erstattungen aus dem Inland	16,5	28,9
282	Zuschüsse aus dem Inland	50,7	19,4
286	Erstattungen aus dem Ausland	280,3	29,2
287	Zuschüsse aus dem Ausland	—	—
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	—	—
291	vom Bund	—	—
292	von Ländern	—	—
293	von Gemeinden	—	—
297	von Unternehmen	—	—
298	von Sonstigen aus dem Inland	—	—
299	aus dem Ausland	—	—
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	4 936,6	3 740,5
31	Schuldenaufnahmen aus dem öffentlichen Bereich	—	—
311	vom Bund	—	—
312	von Ländern	—	—
313	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—
314	vom Lastenausgleichsfonds	—	—
315	vom ERP-Sondervermögen	—	—
316	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
317	von Zweckverbänden	—	—
32	Sonstige Schuldenaufnahmen	4 935,0	3 720,0
321	Schuldenaufnahmen von öffentlichen Unternehmen	—	—
325	Kreditmarktmittel	4 935,0	3 720,0
326	Schuldenaufnahmen aus dem Ausland	—	—
329	Sonstige	—	—
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	1,3	0,7
331	vom Bund	—	—
332	von Ländern	1,0	0,7
333	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,4	—
334	vom Lastenausgleichsfonds	—	—

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsplan	
		1972	1971
		— Millionen DM —	
335	vom ERP-Sondervermögen	—	—
336	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
337	von Zweckverbänden	—	—
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	0,3	0,4
341	Beiträge	—	—
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	0,3	0,4
346	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Ausland	—	—
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	—	—
351	aus der Ausgleichsrücklage	—	—
352	aus der Betriebsmittelrücklage	—	—
353	aus der Schuldendienstrücklage	—	—
354	aus der Bürgschaftssicherungsrücklage	—	—
355	aus der Konjunkturausgleichsrücklage	—	—
356	aus Fonds und Stöcken	—	—
359	Sonstige	—	—
36	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	—	—
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen	—	—
371	Globale Mehreinnahmen	—	—
372	Globale Mindereinnahmen	—	—
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	19,3
	Gesamteinnahmen	108 978,0	98 371,6
4	Personalausgaben	19 492,8	17 298,7
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	68,5	65,5
411	Aufwendungen für Abgeordnete	67,1	64,0
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	1,4	1,5
413	Aufwendungen für nebenamtlich Tätige	—	—
42	Dienstbezüge und dergleichen	12 790,9	10 998,6
421	Bezüge des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, Ministers, Parlamentarischen Staatssekretärs, Wehrbeauftragten	3,6	3,4
422	Bezüge der Beamten und Richter	2 634,2	2 305,7
423	Bezüge der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit, Wehrsold der Wehrpflichtigen sowie Sold der Ersatzdienstleistenden	5 852,1	5 021,7
424	Bezüge der Angehörigen des Zivilschutzkorps	—	—
425	Vergütungen der Angestellten	2 005,9	1 721,2
426	Löhne der Arbeiter	2 068,7	1 741,6
427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich usw. Tätige	17,1	13,4
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	209,3	191,5
43	Versorgungsbezüge und dergleichen	4 495,3	3 893,0
431	des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, Ministers, Parlamentarischen Staatssekretärs, Wehrbeauftragten	2,5	3,5
432	der Beamten und Richter	648,3	562,1
433	der Soldaten	995,8	662,3
434	der Angehörigen des Zivilschutzkorps	—	—
435	der Angestellten	—	—
436	der Arbeiter	—	—

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsplan	
		1972	1971
		— Millionen DM —	
437	nach G 131	2 842,6	2 660,9
439	Sonstige	6,0	4,3
44	Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen	463,0	393,3
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger und dergleichen	152,5	135,5
442	Unterstützungen	7,2	7,8
443	Fürsorgeleistungen	176,8	148,7
446	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dergleichen	126,5	101,2
45	Personalbezogene Sachausgaben	418,9	386,2
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie für soziale Einrichtungen	29,2	26,0
453	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	388,7	359,3
459	Sonstiges	1,1	0,9
46	Globale Mehr- und Mindereinnahmen	1 256,2	1 562,2
461	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	1 256,2	1 562,2
462	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
5	Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für Schuldendienst	17 438,4	15 835,2
51—54	Sächliche Verwaltungsausgaben	5 032,6	4 452,4
511	Geschäftsbedarf	46,4	34,9
512	Bücher, Zeitschriften	26,8	34,2
513	Post- und Fernmeldegebühren	302,5	236,5
514	Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	49,4	45,8
515	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	85,4	74,5
516	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände (einschließlich Zuschüsse)	261,8	180,3
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	627,6	532,2
518	Mieten und Pachten	324,4	290,2
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	384,0	351,2
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	518,9	467,0
522	Verbrauchsmittel	757,4	771,7
523	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	1,4	1,3
524	Lehr- und Lernmittel	15,7	12,1
525	Aus- und Fortbildung, Umschulung	221,3	177,7
526	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	56,3	46,0
527	Dienstreisen	174,0	159,4
529	Verfügungsmittel	15,1	14,6
531—546	Sonstiges	1 139,0	1 000,9
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	25,4	22,0
548	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	—	—
549	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	—	—
55	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 232,3	8 435,8
56	Zinsausgaben an öffentlichen Bereich	224,0	247,1
561	an Bund	—	—
562	an Länder	—	—
563	an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,1	0,1
564	an Lastenausgleichsfonds	—	—
565	an ERP-Sondervermögen	—	—
566	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	223,9	247,0
567	an Zweckverbände	—	—

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsplan	
		1972	1971
		— Millionen DM —	
57	Zinsausgaben an sonstige Bereiche	2 948,5	2 698,9
571	an öffentliche Unternehmen	3,0	3,9
572	für Kreditmarktmittel	2 275,6	2 024,4
573	für Ausgleichsforderungen	335,6	338,0
574	Sonstige Zinsausgaben im Inland	288,1	280,4
576	Zinsausgaben an Ausland	46,2	52,1
58	Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	1,0	1,0
581	an Bund	—	—
582	an Länder	—	—
583	an Gemeinden und Gemeindeverbände	1,0	1,0
584	an Lastenausgleichsfonds	—	—
585	an ERP-Sondervermögen	—	—
586	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
587	an Zweckverbände	—	—
59	Tilgungsausgaben an sonstige Bereiche	—	—
591	an öffentliche Unternehmen	—	—
592	für Kreditmarktmittel	—	—
593	für Ausgleichsforderungen	—	—
594	Sonstige Tilgungsausgaben im Inland	—	—
596	Tilgungsausgaben an Ausland	—	—
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	54 184,5	48 136,3
61	Allgemeine Finanzzuweisungen an öffentlichen Bereich	8 545,0	6 753,0
611	an Bund	—	—
612	an Länder	4 482,0	3 047,0
613	an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—
614	an Lastenausgleichsfonds	—	—
615	an ERP-Sondervermögen	—	—
616	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	4 063,0	3 706,0
617	an Zweckverbände	—	—
618	Gewerbesteuerausgleich	—	—
619	Grundsteuerbeteiligung	—	—
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich	247,0	176,2
621	an Bund	—	—
622	an Länder	190,0	112,6
623	an Gemeinden und Gemeindeverbände	20,5	37,2
624	an Lastenausgleichsfonds	—	—
625	an ERP-Sondervermögen	25,0	25,0
626	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	10,0	—
627	an Zweckverbände	1,5	1,5
63	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an öffentlichen Bereich	646,5	564,3
631	an Bund	—	—
632	an Länder	564,8	497,5
633	an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,4	0,0
634	an Lastenausgleichsfonds	—	—
635	an ERP-Sondervermögen	—	—
636	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	81,3	66,7
637	an Zweckverbände	—	—

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsplan	
		1972	1971
		— Millionen DM —	
64	Sonstige Erstattungen an öffentlichen Bereich	4 916,6	4 485,1
641	an Bund	—	—
642	an Länder	3 109,0	2 892,0
643	an Gemeinden und Gemeindeverbände	1 106,2	906,7
644	an Lastenausgleichsfonds	—	—
645	an ERP-Sondervermögen	—	—
646	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	696,5	682,0
647	an Zweckverbände	4,8	4,4
65	Sonstige Zuweisungen an öffentlichen Bereich	10 933,8	10 380,7
651	an Bund	—	—
652	an Länder	764,3	1 293,1
653	an Gemeinden und Gemeindeverbände	23,8	24,2
654	an Lastenausgleichsfonds	246,0	253,5
655	an ERP-Sondervermögen	—	—
656	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	9 899,7	8 809,9
657	an Zweckverbände	—	—
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	1 519,2	1 470,2
661	an öffentliche Unternehmen	925,2	956,1
662	an private Unternehmen	537,9	483,9
663	an Sonstige im Inland	54,7	28,7
666	an Ausland	1,5	1,5
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	895,0	893,0
671	an Inland	804,6	600,5
676	an Ausland	90,5	292,5
68	Sonstige Zuschüsse an sonstige Bereiche	25 541,3	21 447,3
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen ...	11 660,6	10 561,0
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (soweit nicht unter 661 und 687)	4 291,9	3 396,4
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (soweit nicht unter 662)	1 760,1	840,6
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	367,9	262,2
685	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	1 797,5	1 513,1
686	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	3 964,3	3 501,0
687	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch laufenden Betrieb bedingt	1 454,0	1 373,0
688	Ausgleichsleistungen an die DDR	244,9	—
69	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	940,1	1 966,4
691	an Bund	—	—
692	an Länder	—	—
693	an Gemeinden	—	—
697	an Unternehmen	80,5	69,5
698	an Sonstige im Inland	859,6	1 896,9
699	an Ausland	—	—
7	Baumaßnahmen	4 724,3	4 225,7
8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	14 279,7	12 836,1
81	Erwerb von beweglichen Sachen	540,7	698,1
811	Erwerb von Fahrzeugen im Inland	86,6	84,1
812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	317,8	238,9
813	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen im Inland	113,3	121,0
816	Erwerb von Fahrzeugen im Ausland	0,1	0,1

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsplan	
		1972	1971
		— Millionen DM —	
817	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Ausland ..	23,0	29,2
818	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen im Ausland	—	224,8
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	777,7	776,6
83	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen	405,3	767,5
831	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Inland	128,6	218,1
836	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Ausland	276,7	549,4
85	Darlehen an öffentlichen Bereich	1 055,4	695,7
851	an Bund	1 042,8	—
852	an Länder	12,7	681,5
853	an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	14,2
854	an Lastenausgleichsfonds	—	—
855	an ERP-Sondervermögen	—	—
856	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
857	an Zweckverbände	—	—
86	Darlehen an sonstige Bereiche	2 176,7	2 514,0
861	an öffentliche Unternehmen	277,8	281,3
862	an private Unternehmen	222,1	273,1
863	Darlehen an Sonstige im Inland	403,6	341,6
866	Darlehen an Ausland	1 273,2	1 618,0
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	140,0	50,0
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	6 181,7	4 557,5
881	an Bund	—	—
882	an Länder	5 815,6	3 434,6
883	an Gemeinden und Gemeindeverbände	364,1	1 113,8
884	an Lastenausgleichsfonds	—	—
885	an ERP-Sondervermögen	—	—
886	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
887	an Zweckverbände	2,0	9,2
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	3 002,2	2 776,6
891	an öffentliche Unternehmen	894,0	883,5
892	an private Unternehmen	698,6	826,3
893	an Sonstige im Inland	1 123,7	993,1
896	an Ausland	285,8	73,6
9	Besondere Finanzierungsausgaben	— 1 141,7	39,5
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	—	—
911	an Ausgleichsrücklage	—	—
912	an Betriebsmittelrücklage	—	—
913	an Schuldendienstrücklage	—	—
914	an Bürgschaftssicherungsrücklage	—	—
915	an Konjunkturausgleichsrücklage	—	—
916	an Fonds und Stöcke	—	—
919	Sonstige	—	—
96	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	—	—
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	— 1 141,7	20,2
971	Globale Mehrausgaben	165,3	20,2
972	Globale Minderausgaben	— 1 307,0	—
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	19,3
	Gesamtausgaben	108 978,0	98 371,7

Teil I:

B. Gliederung der Ausgaben und Einnahmen

Ausgaben	Haushaltsplan		Zuwachs- rate 1972 zu 1971 in v. H.
	1972	1971 ¹⁾	
	— Millionen DM —		

I Laufende			
1 Personalausgaben	19 492	17 223	+ 13,2
11 Aktivitätsbezüge	14 556	12 840	+ 13,4
12 Versorgung	4 936	4 383	+ 12,6
2 Laufender Sachaufwand	17 019	15 204	+ 11,9
21 Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	903	821	+ 10,0
22 Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 232	8 436	+ 9,4
23 sonstiger laufender Sachaufwand	6 884	5 946	+ 15,8
3 Zinsausgaben	3 173	2 946	+ 7,7
31 an Verwaltungen	0	0	—
Gemeinden	0	0	—
32 an andere Bereiche	3 172	2 946	+ 7,7
Sozialversicherung	224	247	— 9,3
Sonstige	2 949	2 699	— 9,3
4 Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	50 358	43 177	+ 16,6
41 an Verwaltungen	10 665	9 181	+ 16,2
Länder	9 022	7 752	+ 16,4
Gemeinden	1 157	968	+ 19,5
LAF	246	254	— 3,1
ERP	25	25	—
Offa	215	182	+ 18,1
42 an andere Bereiche	39 693	33 996	+ 16,8
an Unternehmen	7 218	5 373	+ 34,3
an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt	1 454	1 373	+ 5,9
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	11 661	10 536	+ 10,7
Sozialversicherung	14 759	13 014	+ 13,4
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	392	370	+ 5,9
an Ausland	4 211	3 330	+ 26,5
Summe laufende Ausgaben	90 042	78 549	+ 14,6

1) Ab 1971 nach Angliederung der EG Finanzierung

¹⁾ Ab 1971 nach Ausgliederung der EG-Finanzierung.

Gruppierungsübersicht**nach ökonomischen Arten**

Einnahmen	Haushaltsplan		Zuwachs- rate 1972 zu 1971 in v. H.
	1972	1971 ¹⁾	
	— Millionen DM —		
Rechnung			
1 Steuern	99 900	90 370	+ 10,5
2 Steuerähnliche Abgaben	18	10	— 80,0
3 Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	786	1 370	— 42,6
31 Mieten und Pachten	274	281	— 2,5
32 sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	513	1 089	— 52,9
4 Zinseinnahmen	847	681	+ 24,4
41 von Verwaltungen	200	206	— 2,9
Länder	192	197	— 2,5
Gemeinden	8	9	— 11,1
42 von anderen Bereichen	647	475	+ 36,2
5 Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	471	171	.
51 von Verwaltungen	108	95	+ 13,7
Länder	45	37	+ 21,6
Gemeinden	63	57	+ 10,5
52 von anderen Bereichen	362	76	.
Sozialversicherung	3	3	—
Inland	79	44	+ 79,5
Ausland	280	29	.
6 Sonstige laufende Einnahmen	871	838	— 1,9
Summe laufende Einnahmen	102 892	93 489	+ 10,1

¹⁾ Ab 1971 nach Ausscheiden des EG-Finanzierers

¹⁾ Ab 1971 nach Ausgliederung der EG-Finanzierung.

Ausgaben	Haushaltsplan		Zuwachs- rate 1972 zu 1971 in v. H.
	1972	1971 ¹⁾	
	— Millionen DM —		
II Kapital			
1 Sachinvestitionen	6 043	5 664	+ 6,7
11 Baumaßnahmen	4 724	4 211	+ 12,2
12 Erwerb von beweglichen Sachen	541	698	— 22,5
13 Grunderwerb	778	755	+ 3,0
2 Vermögensübertragungen	10 422	10 111	+ 3,1
21 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	9 184	7 545	+ 21,7
211 an Verwaltungen	6 180	4 566	+ 35,3
Länder	5 816	3 489	+ 66,7
Gemeinden	364	1 077	— 66,2
212 an andere Bereiche	3 004	2 979	+ 0,8
Inland	2 718	2 712	+ 0,2
Ausland	286	267	+ 7,1
22 sonstige Vermögensübertragungen	1 238	2 566	— 51,8
221 an Verwaltungen	272	345	— 21,2
Länder	160	157	+ 1,9
Gemeinden	0	9	•
Offa	111	180	— 38,3
222 an andere Bereiche	967	2 222	— 56,5
Unternehmen (Inland)	107	316	— 66,1
private Haushalte (Inland)	860	1 906	— 54,9
3 Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	3 777	4 027	— 6,2
31 Darlehensgewährung	3 367	3 250	+ 3,6
311 an Verwaltungen	1 112	696	+ 59,8
Länder	1 099	682	+ 61,1
Gemeinden	13	14	— 7,1
312 an andere Bereiche	2 255	2 554	— 11,7
Inland	982	936	+ 4,9
Ausland	1 273	1 618	— 21,3
32 Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	410	778	— 47,3
Inland	134	228	— 41,2
Ausland	277	549	— 49,5
4 Darlehensrückzahlungen an Gebietskörperschaften (einschließlich LAF, ERP) ..	1	1	—
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	20 243	19 803	+ 2,2
Globalansätze (soweit nicht aufgeteilt)	— 1 308	—	•
Ausgaben zusammen	108 978	98 352	+ 10,8

III Finan

Zuführung an Rücklagen	—	—	—
Summe	108 978	98 352	+ 10,8
(Saldo: Finanzierungsüberschuß)	(—)	(—)	—

IV Haushaltstechnische

Haushaltstechnische Verrechnungen	—	19	•
Ausgaben lt. Haushaltsplan	108 978	98 372	•

¹⁾ Ab 1971 nach Ausgliederung der EG-Finanzierung.

Einnahmen	Haushaltsplan		Zuwachs- rate 1972 zu 1971 in v. H.
	1972	1971 ¹⁾	
	— Millionen DM —		

rechnung			
1 Veräußerung von Sachvermögen	92	86	+ 7,0
2 Vermögensübertragungen	2	1	.
21 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	2	1	.
211 von Verwaltungen	1	1	.
Länder	1	1	.
Gemeinden	0	—	—
212 von anderen Bereichen	0	0	—
Inland	0	0	—
22 sonstige Vermögensübertragungen	—	—	—
3 Darlehensrückflüsse, Veräußerung von Beteiligungen	726	891	— 18,5
31 Darlehensrückflüsse	695	670	+ 3,7
311 von Verwaltungen	325	329	— 1,2
Länder	272	277	— 1,8
Gemeinden	32	32	—
LAF	20	20	—
312 von anderen Bereichen	371	341	+ 8,8
Inland	344	328	+ 4,9
Ausland	27	13	.
32 Veräußerung von Beteiligungen, Rückflüsse von Kapitaleinlagen	31	221	— 86,0
4 Darlehensaufnahme bei Gebietskörperschaften (einschließlich LAF, ERP)	—	—	—
Summe Einnahmen der Kapitalrechnung	820	979	— 16,2
Einnahmen zusammen	103 713	94 467	+ 9,8

zierung

Nettoschuldenaufnahme am Kreditmarkt	4 935	3 720	.
Entnahme aus Rücklagen	—	—	—
Münzeinnahmen	330	165	.
Summe	5 265	3 885	.
(Saldo Finanzierungsdefizit)	(5 265)	(3 885)	.

Verrechnungen

Haushaltstechnische Verrechnungen	—	19	.
Einnahmen lt. Haushaltsplan	108 978	98 372	.

1) Ab 1971 nach Ausgliederung der EG-Finanzierung.

Erläuterungen zum Teil I B

(Gruppierungsübersicht, Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten)

Die vorstehende ökonomische Gliederung versucht die Einnahmen und Ausgaben des Bundes als Teil des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs darzustellen. Sie deckt sich nicht vollständig mit der des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, das teilweise Gesichtspunkten Rechnung tragen muß, denen eine auf Haushaltszahlen basierende Einteilung naturgemäß nicht in allen Fällen folgen kann; die Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten ist jedoch soweit dem Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angeglichen, daß sie einer gesamtwirtschaftlichen Beurteilung der Bundesfinanzen zugrunde gelegt werden kann.

Die vorstehende ökonomische Gliederung (Teil I B) weicht vom Teil I A der Gruppierungsübersicht in folgenden Punkten ab:

- Bei der Abgrenzung des öffentlichen Bereichs gegenüber den sonstigen Bereichen sind die Zahlungen an/von Zweckverbänden nicht dem öffentlichen Bereich zugeordnet, da die Ausgaben und Einnahmen der Zweckverbände gegenwärtig noch nicht von der Finanzstatistik voll erfaßt werden und daher noch nicht in den öffentlichen Gesamthaushalt (Gebietskörperschaften einschließlich Sozialversicherung) einbezogen werden.
- Die Zahlungen an/von Sozialversicherungsträgern werden — der Finanzstatistik folgend — den sonstigen Bereichen zugeordnet. Aus dem gleichen Grunde werden die Zahlungen an/von Offa (Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG) aus dem Unternehmensbereich herausgelöst und als Sonderrechnung dem öffentlichen Bereich zugewiesen.
- Global veranschlagte Personalverstärkungsmittel sind denjenigen ökonomischen Ausgabearten zugeordnet, die sie voraussichtlich berühren.

Im einzelnen schließen die Ausgabe- und Einnahmepositionen der ökonomischen Gliederung folgende Gruppen ein:

Aktivitätsbezüge:

Obergruppen 41 und 42; Gruppen 441, 442, 443; Obergruppe 45.

Versorgung:

Obergruppe 43; Gruppe 446.

Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens:

Gruppen 519 und 521.

Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.:

Obergruppe 55.

Sonstiger laufender Sachaufwand:

Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppen 519, 521, 548 und 549) und 67; Gruppen 617, 627, 637, 647, 657 und 685.

Zinsausgaben an öffentlichen Bereich:

Obergruppe 56 (ohne Gruppen 566 und 567).

Zinsausgaben an andere Bereiche:

Obergruppe 57; Gruppen 566 und 567.

Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich:

Obergruppen 61 bis 65 (ohne Gruppen 617, 627, 637, 647 und 657, 616, 626, 636, 646 und 656), soweit nicht Tilgungszuweisungen.

Laufende Zuschüsse an Unternehmen:

Gruppen 661, 662 und 663, soweit nicht Tilgungszuschüsse; Gruppen 682 und 683.

Laufende Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt:

Gruppe 687.

Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen:

Gruppe 681.

Laufende Zuschüsse an Sozialversicherung:

Gruppen 616, 626, 636, 646 und 656.

Laufende Zuschüsse an private Institutionen ohne Erwerbscharakter:

Gruppe 684.

Laufende Zuschüsse an Ausland:

Gruppen 666 und 686.

Baumaßnahmen:

Hauptgruppe 7.

Erwerb von beweglichen Sachen:

Obergruppe 81.

Grunderwerb:

Obergruppe 82.

Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich:

Obergruppe 88 (ohne Gruppen 886 und 887).

Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche:

Gruppen 886, 887, 891, 892 und 893.

- Zuschüsse für Investitionen an Ausland:
Gruppe 896.
- Vermögensübertragungen an öffentlichen Bereich, soweit nicht Investitionszuweisungen:
Gruppen 692 und 693.
- Vermögensübertragungen an Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse:
Gruppe 697.
- Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse:
Gruppe 698.
- Vermögensübertragungen an Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse:
Gruppe 699.
- Darlehen an öffentlichen Bereich:
Obergruppe 85 ohne Gruppen 856 und 857.
- Darlehen an sonstige Bereiche:
Gruppen 856, 857, 861, 862 und 863; Obergruppe 87.
- Darlehen an Ausland:
Gruppe 866.
- Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Inland:
Gruppe 831.
- Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Ausland:
Gruppe 836.
- Darlehensrückzahlung an Gebietskörperschaften:
Obergruppe 58 (ohne Gruppen 586 und 587).
- Zuführung an Rücklagen:
Obergruppe 91.
- Haushaltstechnische Verrechnungen:
Obergruppe 98.
- Steuern:
Obergruppen 01 bis 08.
- Steuerähnliche Abgaben:
Obergruppen 09 (ohne Gruppe 092).
- Mieten und Pachten:
Gruppe 124.
- Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit:
Obergruppe 12 (ohne Gruppe 124).
- Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich:
Obergruppe 15 (ohne Gruppen 156 und 157).
- Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen:
Obergruppe 16, Gruppen 156 und 157.
- Laufende Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich:
Obergruppen 21 bis 25 (ohne Gruppen 217, 227, 237, 247 und 257, 216, 226, 236, 246 und **256**).
- Laufende Zuschüsse aus sonstigen Bereichen (Inland):
Gruppen 216, 226, 236, 246, 256, 217, 227, 237, 247, 257, 261, 281 und 282; Gruppe 112.
- Laufende Zuschüsse aus sonstigen Bereichen (Ausland):
Gruppen 266, 286 und 287.
- Sonstige laufende Einnahmen:
Gruppen 111, 113 und 119; Obergruppe 27.
- Veräußerung von Sachvermögen:
Gruppen 131 und 132.
- Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich:
Obergruppe 33 (ohne Gruppen 336 und 337).
- Zuschüsse für Investitionen aus sonstigen Bereichen (Inland):
Gruppen 336, 337, 341 und 342.
- Zuschüsse für Investitionen aus sonstigen Bereichen (Ausland):
Gruppe 346.
- Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen:
Obergruppe 29 einschließlich Tilgungszuweisungen und -zuschüssen.
- Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich:
Obergruppe 17 (ohne Gruppen 176 und **177**).

Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen (Inland):

Gruppen 141, 176, 177, 181 und 182.

Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen (Ausland):

Gruppen 146 und 186.

Veräußerung von Beteiligungen, Kapitalrückzahlungen:

Gruppen 133 und 134.

Darlehensaufnahme aus dem öffentlichen Bereich:

Gruppen 312 bis 315.

Nettoschuldenaufnahme am Kreditmarkt¹⁾:

Obergruppen 32 und 36; Gruppen 316 und 317 abzüglich Obergruppen 59; Gruppen 586 und 587

Entnahme aus Rücklagen:

Obergruppe 35.

Münzeinnahmen:

Gruppe 092.

Haushaltstechnische Verrechnungen:

Obergruppe 38.

¹⁾ Zu den Kreditmarkttransaktionen rechnen auch die Darlehensgewährungen der Sozialversicherung bzw. deren Tilgung.

Teil II: Funktionenübersicht**Gliederung der Einnahmen und Ausgaben
nach Funktionen/Aufgabenbereichen**

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	Haushaltsplan			
		1972		1971	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
0	Allgemeine Dienste	1 418,4	34 579,8	1 125,1	31 126,8
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	105,2	3 049,5	86,2	2 676,8
011	Politische Führung	9,1	1 073,3	8,4	936,6
012	Innere Verwaltung	1,3	38,3	1,3	39,9
013	Informationswesen	6,9	151,0	8,8	145,9
014	Statistischer Dienst	0,3	99,4	0,3	84,7
015	Ziviler Ersatzdienst	45,0	94,6	14,2	71,0
016	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	39,7	1 100,1	39,2	963,4
017	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	2,8	13,8	3,0	14,3
018	Hochbauverwaltung	0,1	98,0	10,9	87,3
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	0,1	381,0	0,2	333,7
02	Auswärtige Angelegenheiten	811,3	5 165,2	492,9	5 443,4
021	Auslandsvertretungen	10,6	335,2	8,5	311,6
022	Internationale Organisationen	480,0	1 531,9	201,4	1 425,0
023	Entwicklungshilfe	252,3	2 497,3	221,3	2 450,7
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	—	367,2	—	331,0
029	Sonstiges	68,3	433,7	61,7	925,0
03	Verteidigung	491,5	25 692,4	536,2	22 411,6
031	Verwaltung	—	3 904,9	—	3 324,5
032	Deutsche Verteidigungsstreitkräfte	410,8	18 718,0	431,9	16 156,6
033	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	49,1	755,8	54,0	676,3
034	Zivile Verteidigung	26,6	514,6	42,3	501,2
036	Wissenschaftliche Forschung	5,0	1 343,4	8,0	1 414,3
037	Unterhaltssicherung	—	455,6	—	338,8
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4,8	591,8	4,3	526,8
041	Bundesgrenzschutz	4,4	495,9	3,8	451,3
042	Polizei	0,3	86,5	0,3	67,3
043	Öffentliche Ordnung (nur Stadtstaaten)	—	—	—	—
044	Feuerschutz	—	0,0	0,0	0,0
045	Katastrophenschutz	—	—	—	—
049	Sonstiges	0,1	9,4	0,1	8,2
05	Rechtsschutz	5,6	80,9	5,5	68,2
051	Verfassungsgerichte	0,0	5,4	0,0	5,1
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	4,2	43,3	4,2	35,4
053	Verwaltungsgerichte	0,5	11,5	0,5	10,9
054	Arbeits- und Sozialgerichte	0,4	9,9	0,4	8,3
055	Finanzgerichte	0,4	7,9	0,4	6,4
056	Strafvollzugsanstalten	—	—	—	—
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	0,0	2,9	0,0	2,1

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	Haushaltsplan			
		1972		1971	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	38,9	6 259,1	39,5	4 580,8
11	Verwaltung	—	3,5	—	3,3
12	Schulen	—	75,7	—	82,9
13	Wissenschaftliche Hochschulen	—	1 712,4	14,1	1 090,7
131	Universitäten	—	0,4	—	0,4
132	Hochschulkliniken	—	—	—	—
133	Technische Hochschulen bzw. Technische Universitäten ..	—	—	—	—
134	Pädagogische Hochschulen und verwandte Einrichtungen der Lehrerbildung	—	—	—	—
135	Philosophisch-theologische Hochschulen	—	—	—	—
139	Sonstige wissenschaftliche Hochschulen	—	1 712,0	14,1	1 090,4
14	Sonstige Hochschulen	—	1,4	—	1,3
15	Sonstiges Bildungswesen	15,5	1 352,6	2,5	744,1
151	Ausbildungsförderung für Schüler	—	1 115,3	—	423,0
152	Ausbildungsförderung für Studierende wissenschaftlicher Hochschulen	13,0	183,0	—	275,1
153	Ausbildungsförderung für Studierende sonstiger Hochschulen	—	—	—	—
154	Lehrerfortbildung	—	—	—	—
155	Betriebliche und überbetriebliche berufliche Aus- und Fortbildung einschließlich Ausbilderförderung	2,5	0,4	2,5	0,4
156	Förderung der staatsbürgerlichen Bildung	0,0	42,4	0,0	34,2
159	Sonstiges	—	11,5	—	11,5
16/17	Forschung außerhalb der Hochschulen (ohne Forschung der Verteidigung 036)	23,4	3 019,7	22,9	2 583,3
161	Kernforschung und kerntechnische Entwicklung	—	740,4	—	674,6
162	Weltraumforschung	—	615,3	—	506,9
163	Elektronische Datenverarbeitung	—	331,2	—	317,7
171	Wirtschaft einschließlich Infrastruktur	10,4	190,3	8,9	192,5
172	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	1,5	18,5	1,4	14,8
173	Energie- und Wasserwirtschaft	—	1,0	—	—
174	Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	7,8	138,2	9,1	128,5
175	Soziale Fragen, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen	2,2	88,5	3,1	64,4
176	Bauwesen, Raum- und Städteplanung	0,0	5,0	0,0	4,4
177	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—
178	Wissenschaftliche Bibliotheken und Archive, Dokumentation	0,1	59,6	0,1	51,8
179	Sonstiges	1,3	831,7	0,4	627,7
18	Kunst- und Kulturpflege	—	66,5	—	52,5
181	Theater	—	1,0	—	0,6
182	Berufssorchester und -chöre, sonstige Musikpflege	—	6,8	—	6,1
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	—	1,2	—	0,9
184	Denkmalspflege	—	3,2	—	1,6
185	Naturschutz und Landschaftspflege	—	9,8	—	1,4
186	Öffentliches Büchereiwesen	—	—	—	—
187	Volkshochschulen	—	—	—	—
188	Sonstige Erwachsenenbildung	—	11,4	—	8,9
189	Sonstige Kunst- und Kulturpflege	—	33,0	—	33,1

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	Haushaltsplan			
		1972		1971	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
19	Kirchliche Angelegenheiten	—	27,5	—	22,7
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	110,4	31 242,9	111,2	29 970,1
21	Verwaltung	0,2	338,8	0,2	291,0
211	Versicherungsbehörden	0,2	9,3	0,2	8,0
212	Sozialamt, Sozialhilfverband, Landeswohlfahrtsverband	—	—	—	—
213	Jugendämter	—	—	—	—
214	Versorgungsämter (KOV)	—	0,3	—	0,3
215	Lastenausgleichsverwaltung	0,0	230,4	0,0	202,1
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	0,3	—	0,3
219	Sonstige Behörden im Bereich der sozialen Sicherung ..	0,0	98,6	0,0	80,3
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	3,2	14 003,7	3,1	12 622,9
221	Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter	—	8 739,0	—	7 711,5
222	Knappschaftsversicherung	—	4 063,0	—	3 706,0
223	Unfallversicherung	3,2	94,1	3,1	350,8
224	Krankenversicherung	—	196,7	—	138,0
225	Arbeitslosenversicherung	—	—	—	—
226	Altershilfe für Landwirte	—	908,0	—	713,2
229	Sonstige Sozialversicherungen	0,0	2,9	0,0	3,4
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	83,1	4 905,8	84,7	4 821,5
231	Kindergeld	0,1	3 284,7	0,1	3 290,0
232	Mutterschutz	—	166,0	—	168,0
233	Wohngeld	—	675,0	—	668,0
234	Sozialhilfeleistungen	78,2	558,6	77,8	492,3
235	Einrichtungen der Sozialhilfe des öffentlichen Bereichs ..	—	—	—	—
236	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	0,0	102,7	2,8	88,4
237	Jugendhilfeleistungen	2,0	17,0	2,0	8,0
238	Einrichtungen der Jugendhilfe des öffentlichen Bereichs ..	2,8	7,3	2,0	18,3
239	Förderung der freien Jugendhilfe	—	94,5	—	88,6
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	14,3	9 735,4	13,2	9 085,6
241	Leistungen der Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen	0,2	7 558,4	0,1	7 007,8
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	—	69,1	—	56,3
243	Lastenausgleich	—	246,0	—	253,5
244	Wiedergutmachung nach den Entschädigungsgesetzen ...	—	1 333,0	—	1 200,0
245	Sonstige Wiedergutmachungsleistungen	—	210,7	—	225,0
246	Vertriebene und Flüchtlinge	3,6	75,1	2,5	76,9
249	Sonstiges	10,6	243,1	10,5	266,2
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz	9,5	122,5	9,9	167,9
251	Arbeitslosenhilfe	0,2	34,7	0,1	32,8
252	Hilfen für die Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	1,7	29,7	1,7	57,3
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung	7,6	44,0	8,1	62,1
254	Arbeitsschutz	0,1	14,1	0,1	15,6

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	Haushaltsplan			
		1972		1971	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
26	Naturkatastrophen	—	—	—	1,0
27	Förderung der Vermögensbildung	—	1 904,7	—	2 685,0
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	0,0	232,0	0,0	295,2
3	Gesundheit, Sport und Erholung	7,2	333,2	6,2	257,4
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	7,2	92,4	6,2	75,5
311	Gesundheitsbehörden	—	—	—	—
312	Krankenhäuser und Heilstätten	6,9	51,7	6,0	39,5
313	Anstalten für Nerven- und Geisteskranke	—	—	—	—
314	Maßnahmen des Gesundheitswesens	0,3	36,8	0,3	32,2
319	Sonstiges	—	3,9	—	3,8
32	Sport und Erholung	0,0	178,4	—	166,7
321	Park- und Gartenanlagen	—	—	—	—
322	Badeanstalten	—	—	—	—
323	Sportstätten	—	148,6	—	138,0
324	Förderung des Sports	—	24,6	—	24,6
329	Sonstiges	0,0	5,2	—	4,1
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde	—	62,4	—	15,3
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	527,5	1 707,2	529,6	1 368,0
41	Wohnungswesen	512,5	1 489,2	516,4	1 149,1
411	Förderung des Wohnungsbaues	512,5	1 487,5	516,4	1 147,7
419	Sonstiges	—	1,7	—	1,4
42	Raumordnung, Landesplanung	—	83,5	—	68,9
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	15,0	134,5	13,3	150,0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	140,0	3 227,4	1 057,0	3 752,1
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)	2,0	20,1	1,8	17,4
511	Ernährung und Landwirtschaft	2,0	20,1	1,8	17,4
512	Forsten	—	—	—	—
52	Produktivitäts- und absatzfördernde Maßnahmen	94,2	1 138,3	85,2	1 012,5
521	Flurbereinigung, Umliegungen	12,9	224,2	13,2	244,8
522	Ländliche Siedlung	3,4	66,0	3,5	59,5
523	Aufstockung und Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe	65,5	113,6	56,3	249,3
524	Wirtschaftswege	—	29,0	—	30,0
525	Verbesserung der Verbundwirtschaft	—	221,0	—	195,0
526	Einsatz von Maschinen und technischen Anlagen	5,3	268,0	6,2	64,9
527	Absatzförderung	—	33,0	—	40,7
528	EWG-Ausrichtungsfonds	—	107,5	—	91,5
529	Sonstiges	7,0	76,1	6,0	36,8

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	Haushaltsplan			
		1972		1971	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	20,0	2 010,2	951,9	2 671,1
531	EWG-Garantiefonds	—	102,1	—	214,1
532	Sonstige Marktordnungen	20,0	1 908,1	951,9	2 457,0
533	Sonstiges	—	—	—	—
54	Sonstige Förderungsmaßnahmen	23,8	58,8	18,1	51,1
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienst- leistungen	197,0	2 642,6	210,4	2 332,4
61	Verwaltung	109,8	109,1	116,1	97,7
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	1,1	887,7	0,7	903,7
621	Kernenergie	—	526,0	—	609,3
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	0,8	241,7	0,5	174,4
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	0,3	—	0,3	—
625	Küstenschutz	—	120,0	—	120,0
629	Sonstiges	—	—	—	—
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	0,0	902,9	0,0	786,9
631	Kohlenbergbau	—	497,6	—	305,7
632	Sonstiger Bergbau	—	70,4	—	125,7
633	Sonstige Grundstoffproduktion	—	—	—	—
634	Verarbeitende Industrie	—	310,0	—	335,0
635	Handwerk und Kleingewerbe	0,0	24,2	0,0	19,9
638	Baugewerbe	—	—	—	—
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	—	0,7	—	0,6
64	Handel	0,3	38,7	0,3	38,6
641	Handel	—	7,6	—	6,9
642	Exportförderung, Auslandsmessen	—	20,5	—	21,1
643	Märkte und Messen	0,3	0,2	0,3	1,2
649	Sonstiges	—	10,5	—	9,5
65	Förderung des Fremdenverkehrs	—	12,0	—	12,0
66	Geld- und Versicherungswesen	13,4	14,5	12,3	12,5
661	Banken und sonstige Kreditinstitute	5,1	5,7	4,9	4,6
662	Versicherungen	8,3	8,8	7,4	7,9
669	Sonstiges	—	0,0	—	0,0
67	Sonstige Dienstleistungen	0,0	13,7	0,0	8,3
68	Sonstige Bereiche	8,7	168,5	13,7	78,0
69	Regionale Wirtschaftsförderung	63,6	495,6	67,1	394,7
691	Betriebliche Investitionen	32,9	164,8	35,5	175,8
692	Verbesserung der Infrastruktur	11,9	299,0	12,6	192,5
699	Sonstiges	18,8	31,8	19,0	26,4

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	Haushaltsplan			
		1972		1971	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	267,5	9 456,6	238,6	7 834,5
71	Verwaltung	160,5	211,0	149,8	179,3
711	Straßen- und Brückenbau	—	—	—	—
712	Wasserstraßen und Häfen	125,5	147,1	119,8	130,0
719	Sonstiges	35,0	63,9	30,1	49,3
72	Straßen	43,1	6 354,1	34,2	5 587,5
721	Bundesautobahnen	24,0	3 704,0	17,5	3 495,9
722	Bundesstraßen	13,6	1 704,6	13,1	1 354,9
723	Landstraßen	0,0	60,1	0,0	62,9
724	Kreisstraßen	—	—	—	—
725	Gemeindestraßen	0,1	870,5	0,2	659,1
729	Sonstiges	5,3	15,0	3,4	14,7
73	Wasserstraßen und Häfen	40,8	698,4	41,8	651,5
74	Schienenverkehr	5,7	971,0	6,3	534,5
75	Luftfahrt	12,0	387,1	2,8	326,5
751	Flugsicherung	11,4	289,4	2,4	249,9
759	Sonstiges	0,5	97,7	0,4	76,6
76	Wetterdienst	4,1	84,6	3,6	73,6
77	Nachrichtenwesen	—	124,8	—	123,3
771	Post- und Fernmeldewesen	—	0,1	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	124,7	—	123,3
78	Sonstige Bereiche	1,2	625,6	0,0	358,3
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	869,8	6 595,2	1 622,1	4 968,9
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	17,0	20,6	16,5	17,0
811	Domänen	—	0,8	—	0,6
812	Forsten	17,0	19,8	16,5	16,4
82	Versorgungsunternehmen	1,2	0,5	0,3	0,2
83	Verkehrsunternehmen	483,1	6 348,9	852,1	4 618,8
831	Straßenverkehrsunternehmen	48,4	52,5	44,4	55,0
832	Eisenbahnen	0,0	5 967,1	0,0	4 249,2
833	Schifffahrt	1,0	4,8	0,3	0,9
834	Häfen und Umschlag	0,1	0,5	0,1	0,5
835	Flughäfen und Luftverkehr	13,6	133,2	12,3	130,7
839	Sonstige Verkehrsunternehmen	420,0	190,7	795,0	182,5
84	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen ..	—	—	—	—
85	Bergbau- und Gewerbeunternehmen	78,7	31,1	276,0	119,7
851	Bergbau	14,5	16,5	9,7	30,0
852	Industrielle Unternehmen	53,2	5,3	54,4	80,2

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	Haushaltsplan			
		1972		1971	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
853	Banken und Kreditinstitute	0,4	—	200,4	—
854	Münzbetriebe	—	—	—	—
859	Sonstiges	10,7	9,3	11,5	9,5
86	Sonstige Wirtschaftsunternehmen	0,0	5,0	0,9	10,0
861	Staatsbäder	—	—	—	—
862	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	—	—
869	Sonstiges	0,0	5,0	0,9	10,0
87	Allgemeines Grund-, Kapital- und Sondervermögen	289,8	189,2	476,3	203,2
871	Allgemeines Grundvermögen	256,8	189,2	262,4	203,2
872	Allgemeines Kapitalvermögen	33,0	—	213,9	—
873	Sondervermögen	—	—	—	—
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	105 401,4	12 934,0	93 432,1	12 180,5
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	99 905,7	4 482,1	89 435,0	3 047,2
92	Schulden	5 106,2	3 557,2	3 754,2	3 244,6
93	Versorgung	41,6	4 502,9	31,7	4 087,0
94	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	—	153,8	—	136,9
95	Rücklagen	—	—	—	—
96	Sonstiges	347,9	238,0	191,8	1 645,5
97	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—
99	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—	19,3	19,3
	Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben	108 978,0	108 978,0	98 371,6	98 371,6

Teil III: Haushaltsquerschnitt

A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen

— Millionen DM —

Lfd. Nr.	Funktion /Aufgabenbereich	Gebühren	Ubrige Verwal- tungs- ein- nahmen	Erlöse	Zinseinnahmen					Darlehensrückflüsse					Zuweisungen und Zu- schüsse mit Ausnahme für Investitionen		Schulden- auf- nahmen	Zuwei- sungen (Z), Zuschüsse für Investi- tionen	Sonstige Ein- nahmen	Einnahmen insgesamt	Lfd. Nr.
					aus dem öffentlichen Bereich			aus sonstigen Bereichen	zu- sammen	aus dem öffentlichen Bereich			aus sonstigen Bereichen	zu- sammen							
		LAF, ERP, Länder			Gemeinden	zu- sammen	LAF, ERP, Länder			Gemeinden	zu- sammen										
					Sonstigen (S)					Sonstigen (S)											
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
1	Allgemeine Dienste	40,5	318,9	19,4	0,1	4,3	4,4	386,6	391,1	0,1	15,7	15,8	57,6	73,4	{ 0,0 (S) 0,2	574,5	—	0,3	—	1 418,4	1
2	Politische Führung und zentrale Ver- waltung	18,8	24,4	0,4	0,1	0,0	0,1	0,3	0,5	0,1	—	0,1	2,1	2,2	{ 0,0 (S) 0,2	58,6	—	—	—	105,2	2
3	Auswärtige Angelegenheiten	6,0	5,8	13,0	—	—	—	279,8	279,8	—	—	—	26,5	26,5	—	480,1	—	—	—	811,3	3
4	Verteidigung	9,7	285,7	5,6	0,0	4,2	4,2	106,3	110,5	0,1	15,4	15,5	28,6	44,1	—	35,7	—	0,3	—	491,5	4
5	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	0,6	3,0	0,4	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2	0,0	0,3	0,3	0,4	0,6	—	0,0	—	—	—	4,8	5
6	Rechtsschutz	5,5	0,1	0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	—	—	—	5,6	6
7	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	10,9	6,1	0,5	—	—	—	1,2	1,2	—	—	—	13,7	13,7	0,8	4,3	—	(Z) 1,3	—	38,9	7
8	Schulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8
9	Wissenschaftliche Hochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9
10	Hochschulkliniken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10
11	Sonstige Hochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11
12	Forschung außerhalb der Hochschulen ...	10,9	6,1	0,5	—	—	—	0,3	0,3	—	—	—	0,1	0,1	0,8	3,3	—	(Z) 1,3	—	23,4	12
13	Übrige Bereiche aus 1	—	0,0	—	—	—	—	0,9	0,9	—	—	—	13,6	13,6	—	1,0	—	—	—	15,5	13
14	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolge- aufgaben, Wiedergutmachung	0,3	5,5	0,0	0,1	0,9	1,0	2,1	3,1	0,2	6,5	6,7	35,4	42,1	{ 4,7 (S) 53,6	1,2	—	—	—	110,4	14
15	Sozialversicherung einschließlich Arbeits- losenversicherung	—	1,4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(S) 1,8	—	—	—	—	3,2	15
16	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	0,1	3,5	—	0,1	—	0,1	0,6	0,7	0,2	—	0,2	25,0	25,2	{ 2,0 (S) 51,6	—	—	—	—	83,1	16
17	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	—	0,4	—	—	—	—	1,2	1,2	—	—	—	9,9	9,9	2,7	0,2	—	—	—	14,3	17
18	Kriegsopferversorgung (Leistungen und Einrichtungen)	—	(0,0)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(0,1)	—	—	—	(0,2)	18
19	Lastenausgleich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19
20	Wiedergutmachung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20
21	Vertriebene und Flüchtlinge; Sonstiges	—	(0,4)	—	—	—	—	(1,2)	(1,2)	—	—	—	(9,9)	(9,9)	(2,7)	(0,0)	—	—	—	(14,2)	21
22	Übrige Bereiche aus 2	0,2	0,1	0,0	—	0,9	0,9	0,3	1,2	—	6,5	6,5	0,5	7,0	(S) 0,2	1,0	—	—	—	9,8	22
23	Gesundheit, Sport und Erholung	0,0	0,2	0,0	0,3	—	0,3	—	0,3	0,3	—	0,3	6,4	6,7	—	0,1	—	—	—	7,2	23
24	Einrichtungen und Maßnahmen des Ge- sundheitswesens	0,0	0,2	0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,1	—	—	—	0,3	24
25	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	—	0,3	—	0,3	—	0,3	0,3	—	0,3	6,4	6,7	—	—	—	—	—	6,9	25
26	Anstalten für Nerven- und Geistesranke	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26
27	Sport und Erholung	—	0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	27
28	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28
29	Wohnungswesen, Raumordnung und kom- munale Gemeinschaftsdienste	—	4,9	1,9	155,8	0,1	155,9	31,5	187,4	231,7	0,1	231,7	101,6	333,4	—	—	—	—	—	527,5	29
30	Wohnungswesen	—	4,9	1,9	146,5	0,0	146,5	31,5	178,0	226,1	0,0	226,1	101,6	327,7	—	—	—	—	—	512,5	30
31	Raumordnung, Landesplanung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31
32	Kommunale Gemeinschaftsdienste	—	—	—	9,3	0,0	9,4	—	9,4	5,6	0,1	5,7	—	5,7	—	—	—	—	—	15,0	32

noch: Teil III: Haushaltsquerschnitt
noch: A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen

— Millionen DM —

Lfd. Nr.	Funktion /Aufgabenbereich	Gebühren	Ubrige Verwal- tungs- ein- nahmen	Erlöse	Zinseinnahmen					Darlehensrückflüsse					Zuweisungen und Zu- schüsse mit Ausnahme für Investitionen		Schulden- auf- nahmen	Zuwei- sungen (Z), Zuschüsse für Investi- tionen	Sonstige Ein- nahmen	Einnahmen insgesamt	Lfd. Nr.
					aus dem öffentlichen Bereich			aus sonstigen Bereichen	zu- sammen	aus dem öffentlichen Bereich			aus sonstigen Bereichen	zu- sammen	von Ländern von Gemeinden u. Sonstigen (S)	aus sonstigen Bereichen					
		LAF, ERP, Länder			Gemeinden	zu- sammen	LAF, ERP, Länder			Gemeinden	zu- sammen										
					Sonstigen (S)					Sonstigen (S)											
.		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
33	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ..	18,8	16,3	0,0	1,9	—	1,9	23,3	25,3	11,0	—	11,0	67,6	78,7	—	1,0	—	—	—	140,0	33
34	Produktivitäts- und absatzfördernde Maß- nahmen	—	0,1	—	1,9	—	1,9	21,0	22,9	11,0	—	11,0	60,2	71,2	—	—	—	—	—	94,2	34
35	Flurbereinigung, Umlegungen	—	—	—	(1,9)	—	(1,9)	—	(1,9)	(11,0)	—	(11,0)	—	(11,0)	—	—	—	—	—	(12,9)	35
36	Ländliche Siedlung; Aufstockung und Aussiedlung; Wirtschaftswege	—	(0,1)	—	—	—	—	(19,3)	(19,3)	—	—	—	(49,6)	(49,6)	—	—	—	—	—	(68,9)	36
37	EWG-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37
38	Übrige Bereiche aus 52	—	—	—	—	—	—	(1,7)	(1,7)	—	—	—	(10,6)	(10,6)	—	—	—	—	—	(12,3)	38
39	Einkommensstabilisierende Maßnahmen ..	17,0	2,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,0	—	—	—	20,0	39
40	EWG-Garantiefonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40
41	Übrige Bereiche aus 5	1,8	14,2	0,0	—	—	—	2,3	2,3	—	—	—	7,4	7,4	—	—	—	—	—	25,8	41
42	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	109,2	1,4	0,0	3,6	{ 1,8 (S) 0,4	5,8	8,1	14,0	15,4	{ 8,3 (S) 1,6	25,4	33,8	59,1	—	13,3	—	—	—	197,0	42
43	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	—	—	—	—	(S) 0,0	0,0	0,2	0,2	—	(S) 0,2	0,2	0,6	0,9	—	—	—	—	—	1,1	43
44	Kernenergie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44
45	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45
46	Wasserwirtschaft und Kulturbau	—	—	—	—	—	—	(0,2)	(0,2)	—	—	—	(0,6)	(0,6)	—	—	—	—	—	(0,8)	46
47	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	—	—	—	—	(S) (0,0)	(0,0)	—	(0,0)	—	(S) (0,2)	(0,2)	—	(0,2)	—	—	—	—	—	(0,3)	47
48	Küstenschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48
49	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49
50	Bergbau und verarbeitendes Gewerbe ...	—	—	—	—	—	—	0,0	0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	50
51	Handel	—	—	—	0,1	—	0,1	—	0,1	0,2	—	0,2	—	0,2	—	—	—	—	—	0,3	51
52	Regionale Wirtschaftsförderung	—	—	—	3,5	{ 1,8 (S) 0,4	5,7	6,5	12,2	15,2	{ 8,3 (S) 1,4	24,9	26,4	51,3	—	—	—	—	—	63,6	52
53	Übrige Bereiche aus 6	109,2	1,4	0,0	—	—	—	1,4	1,4	—	—	—	6,7	6,7	—	13,3	—	—	—	132,0	53
54	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	144,1	47,2	1,3	3,2	0,5	3,7	5,7	9,4	7,9	1,8	9,7	23,8	33,4	6,4	25,6	—	—	—	267,5	54
55	Straßen	0,5	31,7	0,4	1,8	0,5	2,3	1,0	3,2	2,8	1,8	4,5	2,7	7,2	—	—	—	—	—	43,1	55
56	Wasserstraßen und Häfen	9,9	3,1	0,0	0,4	—	0,4	4,7	5,1	0,4	—	0,4	19,9	20,3	—	2,4	—	—	—	40,8	56
57	Schienenverkehr	—	—	—	1,0	—	1,0	—	1,0	4,7	—	4,7	—	4,7	—	—	—	—	—	5,7	57
58	Übrige Bereiche aus 7	133,8	12,4	0,9	—	—	—	0,0	0,0	—	—	—	1,2	1,2	6,4	23,1	—	—	—	177,9	58
59	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund-, Kapital- und Sondervermögen ..	—	676,6	100,6	26,4	—	26,4	14,3	40,7	22,0	—	22,0	29,2	51,2	—	0,8	—	—	—	869,8	59
60	Wirtschaftsunternehmen	—	504,1	1,0	26,4	—	26,4	11,9	38,3	22,0	—	22,0	13,9	35,9	—	0,8	—	—	—	580,0	60
61	Allgemeines Grund-, Kapital- und Sonder- vermögen	—	172,5	99,6	—	—	—	2,4	2,4	—	—	—	15,3	15,3	—	—	—	—	—	289,8	61
62	Allgemeine Finanzwirtschaft	{ 330,8 (S) 99 900,0	4,6	—	0,9	—	0,9	173,5	174,4	3,7	—	3,7	—	3,7	{ 33,5 (S) 12,7	6,8	4 935,0	—	—	105 401,4	62
63	Steuern und allgemeine Finanzausweisun- gen	{ 0,8 (S) 99 900,0	—	—	0,5	—	0,5	—	0,5	—	—	—	—	—	4,4	—	—	—	—	99 905,7	63
64	Schulden	—	—	—	—	—	—	171,2	171,2	—	—	—	—	—	—	—	4 935,0	—	—	5 106,2	64
65	Versorgung	—	0,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	{ 21,6 (S) 12,7	6,8	—	—	—	41,6	65
66	Rücklagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	66
67	Übrige Bereiche aus 9	330,0	4,1	—	0,4	—	0,4	2,3	2,7	3,7	—	3,7	—	3,7	7,5	—	—	—	—	347,9	67
68	Gesamteinnahmen	{ 654,7 (S) 99 900,0	1 081,6	123,8	192,3	{ 7,5 (S) 0,4	200,3	646,4	846,7	292,3	{ 32,3 (S) 1,6	326,2	369,1	695,3	{ 45,4 (S) 66,5	627,4	4 935,0	{ (Z) 1,3 0,3	—	108 978,0	68

Teil III: Haushaltsquerschnitt
B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabengruppen
— Millionen DM —

Lfd. Nr.	Funktion /Aufgabenbereich	Per- sonal- aus- gaben	Sächliche Ver- waltungs- ausgaben Rüstungskäufe usw. (R)	Zinsausgaben			Tilgungsausgaben			Zuweisungen und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen			Zuschüsse und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen				Schuldendiensthilfen				Baumaß- nahmen	Erwerb von			Darlehen an					Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen an						Son- stige Aus- gaben	Aus- gaben ins- gesamt	Lfd. Nr.		
				an öffent- lichen Bereich	an sonstige Bereiche	zu- sammen	an öffent- lichen Bereich	an sonstige Bereiche	zu- sammen	LAF (L) ERP (E) Länder	Gemeinden	zu- sammen	Renten, Unter- stützungen usw.	an Unter- nehmen	Sonstige	zu- sammen	an Länder (L)	an sonstige Bereiche	zu- sammen	beweg- lichem			Be- teil- gungen	öffentlichen Bereich			sonstige Bereiche	zu- sammen	öffentlichen Bereich				sonstige Bereiche	zu- sammen						
																				LAF, ERP, Länder		Gemeinden		zu- sammen	LAF, ERP, Länder	Gemeinden			zu- sammen	LAF, ERP, Länder	Gemeinden	zu- sammen								
																																			Vermögen				Sonstige (S)	Sonstige (S)
1	Allgemeine Dienste	13 607,6	{ 4 583,5 (R) 9 232,3	—	—	—	—	—	—	370,2	{ (S) 464,2 1,6	836,0	12,5	0,9	3 222,5	3 235,9	{ (L) 0,1 0,0	2,1	2,2	410,3	315,6	152,1	301,7	2,5	7,2	9,7	1 306,8	1 316,4	31,5	153,0	184,5	358,5	542,9	40,4	34 576,9	1				
2	Politische Führung und zentrale Ver- waltung	1 767,4	987,1	—	—	—	—	—	—	93,3	{ (S) 9,7 0,2	103,2	1,3	0,9	53,8	55,9	—	—	—	100,4	27,2	1,3	—	—	0,8	0,8	4,0	4,8	1,0	—	1,0	1,3	2,3	0,0	3 049,6	2				
3	Auswärtige Angelegenheiten	269,2	157,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,2	—	2 870,3	2 873,5	—	1,5	1,5	18,4	4,5	4,7	301,7	—	—	—	1 270,9	1 270,9	—	—	—	259,9	259,9	—	5 162,2	3				
4	Verteidigung	11 114,6	{ 3 344,4 (R) 9 232,3	—	—	—	—	—	—	276,2	{ (S) 454,5 1,4	732,1	7,9	0,1	297,7	305,7	{ (L) 0,1 0,0	0,6	0,7	225,2	231,1	145,8	—	2,5	6,1	8,6	31,7	40,3	30,4	152,4	182,8	97,2	280,0	40,4	25 692,4	4				
5	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	389,5	83,0	—	—	—	—	—	—	0,8	—	0,8	0,0	—	0,2	0,2	—	—	—	64,5	52,2	0,3	—	—	0,4	0,4	0,2	0,6	0,1	0,6	0,7	0,1	0,8	—	591,8	5				
6	Rechtsschutz	66,8	11,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,1	—	0,5	0,6	—	—	—	1,9	0,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	80,9	6				
7	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	205,9	1 329,9	—	—	—	—	—	—	157,2	(S) 0,0	157,2	1 192,6	436,8	405,3	2 034,6	—	—	—	45,6	30,6	1,3	0,4	—	—	—	—	—	1 772,3	—	1 772,3	684,4	2 456,7	—	6 262,2	7				
8	Schulen	—	—	—	—	—	—	—	—	33,7	—	33,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	42,0	—	42,0	—	42,0	—	75,7	8				
9	Wissenschaftliche Hochschulen	—	3,7	—	—	—	—	—	—	108,7	—	108,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 600,0	—	1 600,0	—	1 600,0	—	1 712,4	9				
10	Hochschulkliniken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10				
11	Sonstige Hochschulen	—	1,2	—	—	—	—	—	—	0,2	—	0,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,4	11				
12	Forschung außerhalb der Hochschulen ...	202,8	1 236,5	—	—	—	—	—	—	3,5	(S) 0,0	3,5	9,2	436,8	329,0	774,9	—	—	—	45,6	30,3	1,3	0,4	—	—	—	—	—	45,3	—	45,3	682,2	727,5	—	3 022,8	12				
13	Übrige Bereiche aus 1	3,1	88,5	—	—	—	—	—	—	11,2	—	11,2	1 183,4	—	76,3	1 259,7	—	—	—	0,0	0,3	—	—	—	—	—	—	—	85,0	—	85,0	2,2	87,2	—	1 450,0	13				
14	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolge- aufgaben, Wiedergutmachung	25,6	401,4	—	—	—	—	—	—	{ (L) 246,0 2.237,2	{ (S) 557,2 14 644,3	17 684,6	10 453,4	37,0	380,7	10 871,1	—	4,1	4,1	12,6	0,0	—	—	—	—	—	60,8	60,8	1 366,2	—	1 366,2	29,3	1 395,5	787,2	31 242,9	14				
15	Sozialversicherung einschließlich Arbeits- losenversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(S) 13 909,6 481,2	13 909,6	94,1	—	—	94,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14 003,7	15			
16	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	0,2	15,7	—	—	—	—	—	—	680,6	{ (S) 481,2 166,0	1 327,8	3 301,7	37,0	166,8	3 505,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45,7	45,7	7,0	—	7,0	4,0	11,0	—	4 905,8	16			
17	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	—	321,4	—	—	—	—	—	—	{ (L) 246,0 1 334,6	{ (S) 4,0 385,9	1 970,5	6 984,0	—	204,8	7 188,8	—	—	—	12,0	—	—	—	—	—	—	5,3	5,3	—	—	—	0,1	0,1	237,2	9 735,4	17				
18	Kriegsopferversorgung (Leistungen und Einrichtungen)	—	(268,7)	—	—	—	—	—	—	(63,5)	(S) (377,4)	(440,9)	(6 914,3)	—	(3,6)	(6 917,9)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(7 627,5)	18				
19	Lastenausgleich	—	—	—	—	—	—	—	—	(L) (246,0)	—	(246,0)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(246,0)	19			
20	Wiedergutmachung	—	—	—	—	—	—	—	—	(1 234,2)	(S) (2,5)	(1 236,7)	—	—	(122,0)	(122,0)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(185,0)	(1 543,7)	20		
21	Vertriebene und Flüchtlinge; Sonstiges	—	(52,7)	—	—	—	—	—	—	(37,0)	{ (S) (4,0) (6,0)	(47,0)	(69,7)	—	(79,2)	(148,9)	—	—	—	(12,0)	—	—	—	—	—	—	(5,3)	(5,3)	—	—	—	(0,1)	(0,1)	(52,2)	(318,2)	21				
22	Übrige Bereiche aus 2	25,4	64,3	—	—	—	—	—	—	221,9	{ (S) 72,0 182,8	476,7	73,5	—	9,1	82,6	—	4,1	4,1	0,6	0,0	—	—	—	—	—	9,8	9,8	1 359,2	—	1 359,2	25,2	1 384,4	550,0	2 598,0	22				
23	Gesundheit, Sport und Erholung	4,4	73,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,3	—	43,3	43,5	—	35,0	35,0	1,2	1,0	1,0	—	—	—	—	10,4	10,4	49,4	—	49,4	110,4	159,8	—	330,1	23				
24	Einrichtungen und Maßnahmen des Ge- sundheitswesens	2,5	12,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,1	—	19,7	19,8	—	—	—	0,7	0,1	1,0	—	—	—	—	—	—	—	—	3,5	3,5	—	40,0	24					
25	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35,0	35,0	—	—	—	—	—	—	—	9,4	9,4	—	—	—	7,3	7,3	—	51,7	25				
26	Anstalten für Nerven- und Geistesranke	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26				
27	Sport und Erholung	1,5	0,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23,6	23,6	—	—	—	0,5	0,0	—	—	—	—	—	1,0	1,0	49,0	—	49,0	99,6	148,6	—	176,1	27				
28	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde	0,4	60,4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,2	—	0,0	0,2	—	—	—	—	0,9	—	—	—	—	—	—	—	0,4	—	0,4	—	0,4	—	62,4	28				
29	Wohnungswesen, Raumordnung und kom- munale Gemeinschaftsdienste	—	5,2	—	—																																			

noch: Teil III: Haushaltsquerschnitt

noch: B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabengruppen

— Millionen DM —

Lfd. Nr.	Funktion /Aufgabenbereich	Per-sonal-aus-gaben	Sächliche Ver-waltungs-ausgaben Rüstungskäufe usw. (R)	Zinsausgaben			Tilgungsausgaben			Zuweisungen und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen			Zuschüsse und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen				Schuldendiensthilfen				Baumaß-nahmen	Erwerb von			Darlehen an				Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen an						Lfd. Nr.							
				an öffent-lichen Bereich	an sonstige Bereiche	zu-sammen	an öffent-lichen Bereich	an sonstige Bereiche	zu-sammen	LAF (L), ERP (E), Länder	Gemeinden	zu-sammen	Renten, Unter-stützungen usw.	an Unter-nehmen	Sonstige	zu-sammen	an Länder (L)	an sonstige Bereiche	zu-sammen	beweg-lichem			Be-teili-gungen	öffentlichen Bereich			sonstige Bereiche	zu-sammen	öffentlichen Bereich			sonstige Bereiche	zu-sammen	Sonstige Aus-gaben		Aus-gaben ins-gesamt						
																				LAF, ERP, Länder		Gemeinden		zu-sammen	LAF, ERP, Länder	Gemeinden			zu-sammen	LAF, ERP, Länder	Gemeinden						zu-sammen					
																																						Vermögen	Sonstige (S)	zu-sammen	Sonstige (S)	zu-sammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34									
33	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ..	18,0	49,0	—	—	—	—	—	—	540,0	—	540,0	—	1 070,1	222,3	1 292,4	—	433,1	433,1	0,4	2,8	0,1	—	180,0	—	180,0	24,2	204,2	662,5	—	662,5	25,0	687,5	—	3 227,4	33						
34	Produktivitäts- und absatzfördernde Maß-nahmen	—	21,6	—	—	—	—	—	—	44,0	—	44,0	—	54,5	107,5	162,0	—	23,1	23,1	—	—	—	—	180,0	—	180,0	24,2	204,2	658,5	—	658,5	25,0	683,5	—	1 138,3	34						
35	Flurbereinigung, Umliegungen	—	—	—	—	—	—	—	—	(4,0)	—	(4,0)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	658,5	—	658,5	—	683,5	—	1 138,3	35						
36	Ländliche Siedlung; Aufstockung und Aussiedlung; Wirtschaftswege	—	(16,1)	—	—	—	—	—	—	(12,0)	—	(12,0)	—	—	—	—	—	(17,5)	(17,5)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(220,2)	—	(220,2)	—	(220,2)	—	(224,2)	36						
37	EWG-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(107,5)	(107,5)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(138,0)	—	(138,0)	(25,0)	(163,0)	—	(208,6)	37						
38	Übrige Bereiche aus 52	—	(5,5)	—	—	—	—	—	—	(28,0)	—	(28,0)	—	(54,5)	—	(54,5)	—	(5,6)	(5,6)	—	—	—	—	(180,0)	—	(180,0)	(24,2)	(204,2)	(300,3)	—	(300,3)	—	(300,3)	—	(107,5)	38						
39	Einkommensstabilisierende Maßnahmen ..	0,1	0,1	—	—	—	—	—	—	478,3	—	478,3	—	1 015,6	—	1 015,6	—	410,0	410,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,0	—	4,0	—	4,0	—	1 908,1	39						
40	EWG-Garantiefonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	102,1	102,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	102,1	40						
41	Übrige Bereiche aus 5	17,9	27,3	—	—	—	—	—	—	17,7	—	17,7	—	—	12,7	12,7	—	—	—	0,4	2,8	0,1	—	—	—	—	0,0	0,0	—	—	—	—	—	—	78,9	41						
42	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	105,9	192,5	—	—	—	—	—	—	31,1	{ (S)	0,0 0,0	31,1	0,9	415,9	19,4	436,2	{ (L)	26,0 20,5	148,8	195,3	32,5	27,6	10,0	—	10,0	—	10,0	200,0	210,0	584,0	{ (S)	36,0 2,0	622,0	670,3	1 292,4	109,0	2 642,6	42			
43	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	—	100,5	—	—	—	—	—	—	1,1	—	1,1	—	203,7	5,4	209,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	348,0	—	348,0	228,8	576,9	—	887,7	43						
44	Kernenergie	—	(100,4)	—	—	—	—	—	—	(1,1)	—	(1,1)	—	(190,2)	(5,4)	(195,7)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(228,8)	(228,8)	—	(526,0)	44						
45	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45						
46	Wasserwirtschaft und Kulturbau	—	(0,1)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(13,5)	—	(13,5)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(228,0)	—	(228,0)	—	(228,0)	—	(241,7)	46						
47	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47						
48	Küstenschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48						
49	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(120,0)	—	(120,0)	—	(120,0)	—	(120,0)	49						
50	Bergbau und verarbeitendes Gewerbe ...	—	29,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	210,5	—	210,5	—	105,8	105,8	25,0	25,0	10,0	—	—	—	—	60,0	60,0	—	—	—	327,7	327,7	109,0	902,9	50						
51	Handel	—	27,3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11,4	11,4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	38,7	51						
52	Regionale Wirtschaftsförderung	—	1,5	—	—	—	—	—	—	30,0	—	30,0	—	1,8	—	1,8	{ (L)	26,0 20,5	18,0	64,5	—	—	—	—	10,0	—	10,0	—	10,0	236,0	{ (S)	36,0 2,0	274,0	113,8	387,8	—	495,6	52				
53	Übrige Bereiche aus 6	105,9	33,2	—	—	—	—	—	—	0,0	{ (S)	0,0 0,0	0,0	0,9	—	2,6	3,4	—	25,0	25,0	7,5	2,6	—	—	—	—	—	140,0	140,0	—	—	—	—	—	—	317,7	53					
54	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	484,1	709,7	—	—	—	1,0	—	1,0	147,0	{ (S)	0,1 2,5	149,5	0,4	277,1	305,2	582,6	—	264,9	264,9	4 157,3	163,1	585,3	—	56,5	—	56,5	159,0	215,5	1 312,9	102,9	1 415,8	602,7	2 018,5	125,0	9 456,6	54					
55	Straßen	—	397,1	—	—	—	—	—	—	144,0	—	144,0	—	—	1,0	1,0	—	200,6	200,6	3 952,5	31,5	578,3	—	56,5	—	56,5	10,5	67,0	787,9	102,9	890,8	—	890,8	91,4	6 354,1	55						
56	Wasserstraßen und Häfen	191,1	135,7	—	—	—	1,0	—	1,0	3,0	{ (S)	0,1 1,9	4,9	0,0	—	0,0	—	64,3	64,3	182,8	5,2	—	—	—	—	—	23,8	23,8	—	—	—	56,1	56,1	33,5	698,4	56						
57	Schienenverkehr	—	1,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	122,0	—	122,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	525,0	—	525,0	323,0	848,0	—	971,0	57						
58	Übrige Bereiche aus 7	293,0	175,9	—	—	—	—	—	—	0,0	(S)	0,7	0,7	0,4	155,1	304,1	459,6	—	—	—	22,0	126,5	7,0	—	—	—	124,7	124,7	—	—	—	223,6	223,6	0,1	1 433,1	58						
59	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund-, Kapital- und Sondervermögen ..	11,3	108,4	—	—	—	—	—	—	—	1,3	1,3	—	5 268,3	—	5 268,3	—	379,4	379,4	61,4	—	25,4	104,0	52,5	—	525																

Teil IV

Übersicht

über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten

Einnahmen			Ausgaben		
Kap. / Tit. Zweckbestimmung	Soll 1972 — 1 000 DM —	Ist 1970	Kap. / Tit. Zweckbestimmung	Soll 1972 — 1 000 DM —	Ist 1970

Epl. 06 Bundesminister des Innern

06 02/380 02 Zuschlagserlös aus dem Vertrieb der Olympia-Marke	—	3 969	06 02/980 02 Zuwendungen aus den Zuschlagserlösen aus dem Vertrieb der Olympia-marke an den Verein »Stiftung zur Förderung der Olympischen Spiele« ..	—	3 969
06 26/380 02 Einnahmen für zentrale Beschaffungen von Bekleidung	—	4 994	06 26/980 02 Ausgaben für zentrale Beschaffungen von Bekleidung	—	5 011
06 26/380 03 Einnahmen für zentrale Beschaffungen von Unterkunftgerät	—	196	06 26/980 03 Ausgaben für zentrale Beschaffungen von Unterkunftgerät	—	160
Summe	—	9 159	Summe	—	9 140

Epl. 10 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

10 02/380 03 Einnahmen aus der Abgabe der Mühlen gemäß § 7 des Mühlengesetzes ...	—	10 790	10 02/980 03 Kosten der Stilllegung von Mühlen gemäß § 7 des Mühlengesetzes	—	10 790
10 02/380 04 Einnahmen aus der Abgabe der Mühlen gemäß § 12 des Mühlenstrukturgesetzes	—	—	10 02/980 04 Kosten der Stilllegung von Mühlen und der Abfindungen für Ostmüller gemäß § 12 des Mühlenstrukturgesetzes	—	—
10 02/380 75 Beiträge zur Förderung des Fischabsatzes gemäß § 6 des Gesetzes über den Verkehr mit Fischen und Fischwaren (Fischgesetz) vom 31. August 1955 ...	—	3 549	10 02/980 75 Förderung des Fischabsatzes gemäß § 6 des Gesetzes über den Verkehr mit Fischen und Fischwaren (Fischgesetz) vom 31. August 1955	—	3 294
10 04/380 82 Beiträge zur Marktstützung gemäß § 4 des Gesetzes über den Verkehr mit Fischen und Fischwaren (Fischgesetz) vom 31. August 1955	—	3	10 04/980 82 Marktstützung gemäß § 3 des Gesetzes über den Verkehr mit Fischen und Fischwaren (Fischgesetz) vom 31. August 1955	—	—
10 04/380 85 Einnahmen aus den Abgaben gemäß § 12 des Milch- und Fettgesetzes	—	48	10 04/980 85 Zuweisungen für Stützungsbeträge gemäß § 12 Abs. 5 des Milch- und Fettgesetzes	—	—
10 04/380 86 Einnahmen aus den Abgaben gemäß der VO M Nr. 2/57 über Milchauszahlspreise vom 24. Juli 1957	—	—	10 04/980 86 Zuweisungen für die Aufrechterhaltung eines angemessenen Preisstandes für angelieferte Milch gemäß § 3 der VO M Nr. 2/57 über Milchauszahlspreise vom 24. Juli 1957	—	160
10 07/380 02 Beiträge gemäß § 10 des Gesetzes über die Errichtung eines zentralen Fonds zur Absatzförderung der deutschen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft (Absatzfondsgesetz) vom 26. Juni 1969	—	18 624	10 07/980 02 Abführung der Beiträge an den zentralen Fonds zur Absatzförderung (Absatzfonds), die das Bundesamt gemäß § 10 des Gesetzes über die Errichtung eines zentralen Fonds zur Absatzförderung der deutschen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft (Absatzfondsgesetz) vom 26. Juni 1969 zu erheben hat	—	18 624
Summe	—	33 014	Summe	—	32 868

Einnahmen			Ausgaben		
Kap. / Tit. Zweckbestimmung	Soll 1972 — 1 000 DM —	Ist 1970	Kap. / Tit. Zweckbestimmung	Soll 1972 — 1 000 DM —	Ist 1970
Epl. 12 Bundesminister für Verkehr					
12 03/380 02 Lotsgeld	—	47 651	12 03/980 01 Durchleitung von Fremdgeldern	—	53 862
12 03/380 03 Befahrungsabgaben, die für Dritte erhoben werden	—	6 211			
			12 10/980 01 Zuschuß an Kap. 12 11 — Bundesanstalt für Straßenwesen —	33 759 700	9 965
			12 11/980 01 Minderausgaben infolge Erstattungen aus dem Straßenbauplan	—33 759 700	— 9 965
Summe	—	53 862	Summe	—	53 862
Epl. 14 Bundesminister der Verteidigung					
14 02/380 02 Erstattungen von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung von Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen, größeren Unglücksfällen und Notständen im In- und Ausland	—	307	14 02/980 02 Ersatz der beweglichen Sachen und Leistungen, die im Zusammenhang mit der Durchführung von Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen, größeren Unglücksfällen und Notständen im In- und Ausland Dritten überlassen worden sind	—	114
14 02/380 03 Erlös aus der Verwertung des erbten „Sondervermögens Hempel“ ..	—	—	14 02/980 03 Erfüllung der mit dem erbten „Sondervermögen Hempel“ verbundenen Auflage	—	—
14 12/380 01 Erstattung der für den Betrieb und die Bewirtschaftung des NATO-Übungsplatzes in der Bundesrepublik entstandenen Kosten	—	10 224	14 12/980 01 Betrieb und Bewirtschaftung des NATO-Übungsplatzes in der Bundesrepublik	—	17 271
14 12/380 02 Gemeinsame NATO-Infrastruktur auf dem Gebiet der Bundesrepublik ab Tranche VII b	—	174 419	14 12/980 02 Gemeinsame NATO-Infrastruktur auf dem Gebiet der Bundesrepublik ab Tranche VII b	—	482 883
14 12/380 03 NATO-Ausgaben für die Abgeltung von Leistungen der Landesbauverwaltungen für NATO-Infrastrukturmaßnahmen	—	7 028	14 12/980 03 Abgeltung von Leistungen der Landesbauverwaltungen für NATO-Infrastrukturmaßnahmen	—	7 008
14 12/380 04 NATO-Ausgaben zu den Aufschließungskosten für straßenbauliche Erschließung bei den NATO-Infrastrukturmaßnahmen	—	2 909	14 12/980 04 Aufschließungskosten für straßenbauliche Erschließung bei NATO-Infrastrukturmaßnahmen	—	1 615
14 12/380 05 NATO-Ausgaben für sonstige Aufschließungskosten bei NATO-Infrastrukturmaßnahmen	—	344	14 12/980 05 Sonstige Aufschließungskosten bei NATO-Infrastrukturmaßnahmen	—	344
14 12/380 06 Anteil der Truppe an den Erlösen aus der Verpachtung von Truppenkantinen und Automaten bei Einheiten und militärischen Dienststellen der Bundeswehr	—	5 737	14 12/980 06 Anteil der Truppe an den Erlösen aus der Verpachtung von Truppenkantinen und Automaten bei Einheiten und militärischen Dienststellen der Bundeswehr	—	5 737
14 15/380 01 Einnahmen aus der gemeinsamen Logistik für den Kampfpanzer Leopard ..	—	—	14 15/980 01 Kosten der gemeinsamen Logistik für den Kampfpanzer Leopard	—	—
14 22/380 01 Erstattung von Kosten für Vorhaben der gemeinschaftlichen Forschung, Entwicklung, Erprobung und Herstellung, die von der Bundesrepublik Deutschland vorzufinanzieren sind	—	369 258	14 22/980 01 Kosten für Vorhaben der gemeinschaftlichen Forschung, Entwicklung, Erprobung und Herstellung, die von der Bundesrepublik Deutschland vorzufinanzieren sind	—	365 502
Summe	—	570 226	Summe	—	880 474

Einnahmen			Ausgaben		
Kap. / Tit. Zweckbestimmung	Soll 1972 — 1 000 DM —	Ist 1970	Kap. / Tit. Zweckbestimmung	Soll 1972 — 1 000 DM —	Ist 1970

Epl. 15 Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

15 02/380 01 Zuschlagerlös aus dem Vertrieb der Jugendmarken	—	5 804	15 02/980 41 Zuweisungen aus den Zuschlagerlösen der Jugendmarken an den Verein „Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V.“	—	5 687
			15 02/980 42 Erstattung von Vertriebsvergütungen aus den Zuschlagerlösen der Jugendmarken an die Deutsche Bundespost ..	—	116
Summe	—	5 804	Summe	—	5 803

Epl. 35 Verteidigungslasten

35 11/380 01 Tilgung und Zinsen von Darlehen aus niederländischen Haushaltsmitteln für den Bau von Wohnungen für niederländische Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland	—	—		—	—
Der dem Bund aus dem Zinsaufkommen zustehende Verwaltungskostenbeitrag, der bei Kap. 08 04 Tit. 271 01 zu vereinnahmen ist, sowie die an die Niederlande abzuführenden Zinsen und Tilgungsbeträge sind von der Einnahme abzusetzen. Das gleiche gilt für etwaige Erstattungen überzahlter Tilgungen und Zinsen.					
Summe	—	—	Summe	—	—

Epl. 60 Allgemeine Finanzverwaltung

60 01/380 01/03 Lastenausgleichsabgaben	—	1 439 025	60 04/980 01 Abführung der Ausgleichsabgaben an den Lastenausgleichsfonds	—	1 439 025
60 04/380 02 Einnahmen aus der anderweitigen Verwendung der Mittel des eingefrorenen Rüstungskontos bei der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland	—	22 303	60 04/980 03 Darlehen zur Finanzierung von Vorhaben, die der Erfüllung des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland abgeschlossenen Devisenausgleichsabkommen dienen	—	22 303
Summe	—	1 461 328	Summe	—	1 461 328
Gesamtsumme	—	2 133 393	Gesamtsumme	—	2 443 475

Teil V

A. Übersicht über die Planstellen
— ohne
in Regierungsentwurf des

a) = Oberste Bundesbehörde

b) = Nachgeordneter Bereich

Geschäftsbereich		in den															
		Besoldungsordnung B											Höherer Dienst				
		B 11	B 10	B 9	B 8	B 7	B 6	B 5	B 4	B 3	B 2	B 1	Zus.	A 16	A 15	A 13 14	Zus.
Bundespräsidialamt	a)	1	—	1	—	—	2	—	—	3	—	—	7	1	4	3	8
Deutscher Bundestag	a)	—	1	2	—	—	8	—	—	30	—	—	41	22	75	64	161
Bundesrat	a)	—	1	1	—	—	1	—	—	5	—	—	8	2	8	5	15
Bundeskanzleramt	a)	1	—	4	—	—	12	—	—	24	—	—	41	8	32	23	63
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	a)	1	1	3	—	—	6	—	—	13	—	—	24	8	34	25	67
Auswärtiges Amt	a)	2	—	9	—	—	13	—	—	56	—	—	80	21	118	84	223
	b)	—	—	16	—	—	48	—	—	73	—	—	137	98	280	282	660
Bundesminister des Innern *)	a)	2	—	11	—	1	18	1	—	81	—	—	114	31	125	104	260
	b)	—	—	2	2	2	10	1	5	17	19	—	58	92	229	679	1 000
Bundesminister der Justiz	a)	1	—	6	—	—	11	—	—	44	—	—	62	16	58	36	110
	b)	—	3	1	35	—	198	—	2	32	15	—	286	36	348	561	945
Bundesminister für Wirtschaft u. Finanzen — Bereich Finanzen	a)	2	—	9	—	—	23	—	—	106	—	—	140	37	177	129	343
	b)	—	—	—	—	16	1	—	—	29	—	—	46	76	235	472	783
Bundesminister für Wirtschaft u. Finanzen — Bereich Wirtschaft	a)	2	—	8	—	—	22	—	—	85	—	—	117	29	173	132	334
	b)	—	—	—	2	4	1	—	2	19	41	40	109	27	169	480	676
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	a)	1	—	6	—	—	10	—	—	49	—	—	66	16	103	75	194
	b)	—	—	—	—	—	2	—	2	18	38	58	118	5	54	79	138
Bundesminister für Arbeit u. Sozialordnung	a)	1	—	5	—	—	13	—	—	59	—	—	78	21	76	54	151
	b)	—	2	—	14	1	45	1	—	1	4	—	68	4	35	52	91
Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen (Epl. 12)	a)	1	—	8	—	—	13	—	—	60	—	—	82	22	129	96	247
	b)	—	—	—	—	—	2	7	—	8	21	4	42	70	269	611	950
Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen (Epl. 13)	b)	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	2	1	3	3	7
Bundesminister der Verteidigung	a)	2	2	7	—	—	21	—	—	118	—	—	150	41	266	177	484
	b)	—	—	1	—	9	4	2	17	18	78	—	129	272	1 145	2 534	3 951
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	a)	1	—	3	—	—	5	—	—	32	—	—	41	18	48	33	99
	b)	—	—	—	1	—	—	—	2	8	24	46	81	3	27	133	163
Bundesverfassungsgericht	a)	2	14	—	—	—	—	1	—	—	—	—	17	1	3	1	5
Bundesrechnungshof	a)	1	—	1	—	—	7	—	—	49	—	—	58	—	28	20	48
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	a)	1	—	3	—	—	7	—	—	26	—	—	37	9	41	39	89
	b)	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	4	14	25	43
Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	a)	1	—	2	—	—	5	—	—	15	—	—	23	8	25	17	50
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	a)	1	—	3	—	—	4	—	—	15	—	—	23	5	17	12	34
	b)	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	2	2	—	7	9
Bundesminister für Bildung u. Wissenschaft	a)	2	—	5	—	—	10	—	—	43	—	—	60	15	118	83	216
	b)	—	—	—	—	—	—	—	1	3	—	1	5	—	3	8	11
Bundesschuldenverwaltung	b)	—	—	—	1	—	—	—	1	2	—	—	4	—	3	3	6
Geschäftsstelle der Bundesländer-Kommission für Bildungsplanung	a)	—	—	1	—	—	1	—	—	3	—	—	5	1	3	2	6
Summe a)		26	19	98	—	1	212	2	—	916	—	—	1 274	332	1 661	1 214	3 207
Summe b)		—	5	20	55	32	312	12	33	228	242	149	1 088	690	2 814	5 929	9 433
Insgesamt		26	24	118	55	33	524	14	33	1 144	242	149	2 362	1 022	4 475	7 143	12 640
*) darin enthalten für Polizeivollzugsbeamte im Bundesgrenzschutz		—	—	—	—	1	5	1	—	5	—	—	12	16	28	A 13: 77 A 14: 87	208

Personalübersicht

der Beamten und Richter
Leerstellen —
Bundeshaushaltsplans 1972

Besoldungsgruppen																	Gesamtzahl der Planstellen
Besoldungsordnung A																	
Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst					Einfacher Dienst							
A 13	A 12	A 11	A 9/10	Zus.	A 9	A 8	A 7	A 5/6	Zus.	A 5	A 4	A 3/4	A 3	A 2/3	A 1/2	Zus.	
5	2	1	1	9	2	1	—	—	3	7	2	—	—	—	—	9	36
72	39	36	27	174	62	26	30	15	133	177	78	—	—	62	—	317	826
8	2	4	—	14	2	—	2	—	4	2	4	—	—	4	—	10	51
34	12	5	1	52	15	7	—	—	22	15	8	—	—	6	—	29	207
24	14	14	5	57	11	5	4	—	20	7	7	—	—	5	—	19	187
161	62	48	56	327	49	32	23	10	114	16	11	—	—	47	—	74	818
94	200	278	244	816	31	75	69	15	190	16	32	—	—	58	—	106	1 909
166	68	35	89	358	43	27	2	—	72	18	17	—	—	21	—	56	860
65	258	897	1 864	3 084	31	1 239	3 312	3 976	8 558	11	2 386	—	5 432	2	3 966	11 797	24 497
51	17	10	5	83	37	14	5	—	56	12	7	—	—	11	—	30	341
50	113	203	115	481	70	67	60	11	208	42	62	—	7	15	25	151	2 071
307	104	46	2	459	97	33	10	—	140	15	19	—	—	15	—	49	1 131
504	1 366	3 071	4 819	9 760	2 542	6 433	7 724	4 047	20 746	321	863	—	2	333	—	1 519	32 854
194	66	29	7	296	39	14	6	2	61	12	24	—	—	29	—	65	873
19	67	147	236	469	19	61	91	55	226	4	17	—	10	—	15	46	1 526
100	37	16	4	157	32	11	3	1	47	8	6	—	—	18	—	32	496
7	11	28	29	75	3	4	3	—	10	1	—	—	—	—	—	1	342
108	37	16	1	162	12	6	4	1	23	8	13	—	—	16	—	37	451
20	40	55	67	182	16	8	3	—	27	7	7	—	2	2	3	21	389
126	51	20	4	201	12	6	—	—	18	4	9	—	—	9	—	22	570
208	746	888	756	2 598	279	880	1 050	647	2 856	47	46	2	—	12	2	109	6 555
5	9	15	10	39	1	2	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	51
381	131	63	66	641	202	224	154	85	665	142	82	—	—	137	—	361	2 301
748	1 538	3 743	6 602	12 631	948	3 594	4 200	5 220	13 962	236	271	42	134	43	23	749	31 422
72	26	11	1	110	12	4	5	—	21	5	10	—	—	5	—	20	291
5	4	18	23	50	1	2	2	—	5	—	—	—	—	—	—	—	299
9	4	2	1	16	3	3	1	1	8	6	3	—	—	1	—	10	56
211	27	4	3	245	21	8	4	—	33	4	3	—	—	2	—	9	393
55	20	9	2	86	4	3	2	—	9	2	5	—	—	8	—	15	236
1	6	15	27	49	1	5	8	5	19	—	—	—	—	2	—	2	114
33	14	5	5	57	5	3	—	—	8	1	7	—	—	4	—	12	150
31	11	8	4	54	9	3	3	—	15	9	6	—	—	3	—	18	144
1	2	1	7	11	—	1	2	—	3	—	—	—	—	—	—	—	25
67	25	12	13	117	6	3	2	1	12	3	5	—	—	2	—	10	415
—	—	3	1	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20
5	12	17	23	57	4	4	5	2	15	—	2	—	—	2	—	4	86
2	2	1	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16
2 217	771	395	297	3 680	675	433	260	116	1 484	473	326	—	—	405	—	1 204	10 849
1 732	4 372	9 379	14 823	30 306	3 946	12 375	16 529	13 978	46 828	685	3 686	44	5 587	469	4 034	14 505	102 160
3 949	5 143	9 774	15 120	33 986	4 621	12 808	16 789	14 094	48 312	1 158	4 012	44	5 587	874	4 034	15 709	113 909
—	37	321	A 9: 442 A 10: 478	1 278	—	1 132	3 180	A 5: 1 293 A 6: 2 608	8 218	—	2 322	—	5 409	—	A 1: 1 311 A 2: 2 644	11 686	21 402

a) = Oberste Bundesbehörde
b) = Nachgeordneter Bereich

**B. Übersicht über die Stellen
im Regierungsentwurf des**

Geschäftsbereich		Außer- tarifliche Ange- stellte	in den						
			ADO	I a	I b	II a	II b	III	IV a Kr. 10
Bundespräsidialamt	a)	—	3	—	1	—	—	1	5
Deutscher Bundestag	a)	3	2	10	4	8	—	3	10
Bundesrat	a)	—	—	—	—	—	—	1	1
Bundeskanzleramt	a)	2	1	—	1	1	—	—	4
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	a)	4	12	28	46	45	—	17	37
Auswärtiges Amt	a)	—	4	4	19	12	—	7	11
	b)	—	—	16	38	121	—	7	17
Bundesminister des Innern	a)	—	1	3	6	10	2	5	9
	b)	19	6	18	56	121	5	53	194
Bundesminister der Justiz	a)	—	1	1	1	1	2	2	1
	b)	5	—	—	—	4	1	1	—
Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen — Bereich Finanzen —	a)	2	2	11	8	—	—	23	5
	b)	33	1	3	28	177	12	100	233
Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen — Bereich Wirtschaft —	a)	—	1	18	14	18	—	31	28
	b)	4	1	11	84	120	—	28	97
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	a)	—	—	3	3	11	—	6	9
	b)	—	1	12	171	195	1	9	43
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	a)	1	2	2	8	7	—	5	13
	b)	—	—	—	5	5	—	3	8
Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen (Epl. 12)	a)	—	1	8	1	14	—	33	13
	b)	—	1	4	31	92	3	32	229
Bundesminister der Verteidigung	a)	1	2	19	18	22	—	20	14
	b)	6	7	1	68	283	95	80	551
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	a)	—	—	—	2	4	—	2	4
	b)	—	—	1	18	52	—	4	11
Bundesverfassungsgericht	a)	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesrechnungshof	a)	—	—	—	—	—	1	2	—
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	a)	—	3	4	7	3	—	5	6
	b)	—	—	1	4	8	—	2	9
Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	a)	—	3	5	4	9	—	8	6
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	a)	—	5	—	1	5	—	3	2
	b)	—	2	2	12	31	4	6	6
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	a)	—	—	—	9	8	—	6	7
	b)	12	—	2	7	15	—	—	—
Bundesschuldenverwaltung	b)	—	—	—	—	1	—	2	8
Zivile Verteidigung	b)	—	—	—	—	—	—	—	—
Geschäftsstelle der Bund-Länder- Kommission für Bildungsplanung	a)	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe a)		13	43	116	153	178	5	180	185
Summe b)		79	19	71	522	1 225	121	327	1 406
Insgesamt		92	62	187	675	1 403	126	507	1 591
*) ohne Schreib- und Fernschreibdienst									

*) ohne Schreib- und Fernschreibdienst

der Angestellten und Arbeiter
Bundeshaushaltsplans 1972

Vergütungsgruppen										Schreib- und Fern- schreib- dienst	Gesamt- zahl der Stellen für An- gestellte	Gesamt- zahl der Stellen für Arbeiter
IV b Kr. 9	V a Kr. 8	V b Kr. 7	V c Kr. 6	VI a	VI b Kr. 5	VII *) Kr. 3 + 4	VIII *) Kr. 2	IX b *) Kr. 1	X			
2	—	5	2	—	8	5	5	—	1	9	47	17
20	3	66	41	—	193	51	20	5	31	118	588	206
2	—	10	14	—	11	1	4	—	10	6	60	6
8	—	10	11	—	26	12	9	8	13	52	158	45
36	15	40	15	5	59	28	36	17	24	74	538	31
16	1	68	72	—	70	39	34	11	56	238	662	89
22	—	214	78	—	781	199	35	6	60	430	2 024	719
13	1	28	34	—	72	28	14	—	28	208	462	52
218	224	345	589	8	612	1 457	580	52	102	941	5 600	3 608
2	—	11	26	—	43	23	14	—	15	75	218	36
1	12	32	90	—	131	339	295	186	63	620	1 780	167
13	—	27	46	—	75	39	16	2	63	263	595	56
346	90	641	194	—	653	1 247	438	109	185	2 404	6 894	3 245
16	—	53	69	—	71	55	24	3	67	273	741	81
143	147	125	188	—	277	285	118	22	79	223	1 952	311
6	—	10	44	—	37	23	11	1	19	113	296	64
68	57	193	214	—	355	213	137	13	13	179	1 874	829
5	—	23	31	—	60	15	15	2	22	109	320	64
19	—	36	46	—	62	73	28	1	23	116	425	51
10	3	29	59	—	96	14	15	2	48	173	519	45
274	272	164	378	3	658	1 419	1 181	113	254	562	5 670	948
17	1	71	126	—	248	216	32	—	—	536	1 343	212
707	197	1 176	1 012	—	5 920	9 029	18 515	604	1 523	13 450	53 224	86 313
3	—	11	9	—	23	4	8	—	21	71	162	16
10	18	112	84	—	144	104	84	6	23	73	744	223
1	—	3	4	—	16	2	—	2	3	7	38	11
4	—	5	12	—	31	1	4	2	7	26	95	11
7	—	8	22	—	30	10	9	—	15	58	187	16
7	2	4	6	—	12	12	3	2	—	25	97	6
11	—	14	12	—	21	12	5	—	14	42	166	11
4	—	21	19	—	17	8	4	1	20	49	159	26
11	—	43	5	1	32	11	13	5	12	33	229	20
6	—	18	17	—	60	13	2	—	25	92	263	24
2	1	10	9	—	18	17	11	3	—	4	111	33
15	—	30	6	—	78	81	62	1	18	30	332	19
—	—	—	—	—	—	1	8	—	—	—	9	4
—	—	1	—	—	5	—	1	2	—	4	13	2
202 1 843	24 1 020	532 3 125	685 2 899	5 12	1 272 9 733	599 14 487	282 21 508	58 1 123	502 2 355	2 596 19 090	7 630 80 965	1 121 96 496
2 045	1 044	3 657	3 584	17	11 005	15 086	21 790	1 181	2 857	21 686	88 595	97 617

C. Übersicht
über die Planstellen der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit
im Regierungsentwurf des Bundeshaushaltsplans 1972

Bes.-Gr.	Dienstgrad	Gesamtzahl der Planstellen	
		Ministerium	Nachgeordneter Bereich
B 10	Generale	1	2
B 9	Generalleutnante, Vizeadmirale usw.	7	12
B 7	Generalmajore, Konteradmirale usw.	7	48
B 6	Brigadegenerale, Flottillenadmirale usw.	29	110
	zusammen Generale	44	172
B 3	Oberste, Kapitäne z. S. usw.	151	218
A 16	Oberste, Kapitäne z. S. usw.	52	833
A 15	Oberstleutnante, Fregattenkapitäne usw.	421	1 978
A 14	Oberstleutnante, Fregattenkapitäne usw.	336	4 730
A 13	Majore, Korvettenkapitäne usw.	54	4 214
A 12	Hauptleute, Kapitanleutnante	24	869
A 11	Hauptleute, Kapitanleutnante	132	9 256
A 10	Oberleutnante, Oberleutnante z. S.	91	9 294
A 9	Leutnante, Leutnante z. S.	31	6 205
	zusammen übrige Offiziere	1 292	37 597
A 10	Oberstabsfeldwebel, Oberstabsbootsmänner	5	800
A 9	Stabsfeldwebel, Stabsbootsmänner, Hauptfeldwebel	211	2 653
A 8 mZ	Hauptfeldwebel, Hauptbootsmänner usw.	76	21 441
A 7 mZ	Oberfeldwebel, Oberbootsmänner	3	28 198
A 7	Feldwebel, Bootsmänner usw.	—	27 232
A 6	Stabsunteroffiziere, Obermaate	—	38 026
A 5	Unteroffiziere, Maate	—	37 655
	zusammen Unteroffiziere	295	156 005
A 4	Hauptgefreite	—	25 327
A 3	Obergefreite	1	21 877
A 2	Gefreite	—	28 640
	zusammen Mannschaften	1	75 844
	Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit insgesamt	1 632	269 618
	Nachrichtlich: Grundwehrdienstpflichtige		217 000
	Wehrübende		6 000